

Bezugspreis:

Wöchentlich 20 Goldpfennig, monatlich 6, — Goldmark, vorausschickend. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Ost- und Westpreußen, Österreich, Litauen, Rußland 4,50 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Erlaubung und Kleingarten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Nonpareille 0,70 Goldmark, Kleinanzeigen 1. — Goldmark, „Kleine Anzeigen“ des festgedruckten Wort 0,20 Goldmark (außerdem zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark, Stellenangebote das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten je Zeile 0,20 Goldmark. Glas Goldmark — ein Dollar geteilt durch 4,23.

Anzeigen für die n. d. d. h. e. Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckerei-Büro, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gestrichen vor 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Donhoff 292-293
Verlag: Donhoff 2506-2507

Freitag, den 9. Januar 1925

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Vollstreckkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Diresktion
der Postamt-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstraße 3

Gegenmienen gegen Marx.

Erschwerte Kabinettsbildung.

W.B. meldet: Die Bemühungen des Reichskanzlers Marx, gemäß dem ihm erteilten Auftrag so rasch wie möglich eine Regierung zu bilden, haben gestern noch nicht zu einem Ergebnis geführt. Zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler fand gestern Abend eine Aussprache statt, auf Grund derer der Reichskanzler heute die Verhandlungen fortzuführen wird.

Am Reichstag wurde gestern das Gerücht verbreitet, daß Marx gescheitert sei und seinen Auftrag an den Reichspräsidenten zurückgegeben habe. Es wurde erzählt, diese Krise in der Krise sei durch die Weigerung des Finanzministers Dr. Luther und des Ernährungsministers Grafen Ranig entstanden, eine Regierung ohne die Volkspartei mitzumachen. Ob diese Weigerung tatsächlich erfolgt und ob sie endgültig ist, sieht dahin. Unverständlich wäre es aber, wenn an derartigen Personenfragen die Bildung einer neuen Regierung Marx scheitern sollte.

Es ist notwendig, die Krise endlich zu beenden. Es ist aber nicht notwendig, daß dieser oder jener Minister bleibt, und es ist nicht einmal notwendig, daß alle Ressorts besetzt werden, bevor die Regierung vor den Reichstag tritt. In der bisherigen Regierung waren zwei Ressorts, die der Aufsicht und des Verkehrs, unbesetzt, ohne daß sich jemand viel darum gekümmert hätte. Minister, die nicht begreifen, daß die Not des Landes ihr Verbleiben im Amt erfordert, sind für die Regierung nur eine Kugel am Bein: bleiben sie heute, so werden sie morgen Schwierigkeiten machen. Und ohne diesen Herren zu nahe zu treten, kann man sagen: es sind doch nicht so überragende Persönlichkeiten unter ihnen, daß es unmöglich sein sollte, für sie gleichwertigen Ersatz zu finden.

Es muß eine Regierung geschaffen werden, und diese Regierung kann keine Bürgerblockregierung sein, weil sie keine Mehrheit hat. Eine Minderheitsregierung von

Begnern der Republik in der Republik ist erst recht eine innere Unmöglichkeit. Darum ist auch vor dem Versuch zu warnen, Herrn Marx als Reichskanzler durch eine weiter rechts gerichtete Persönlichkeit zu ersetzen. (Als solche wurde gestern im Reichstag Herr Dr. Luther genannt.)

Was die Rechte will, ist vollkommen klar. Sie will das Zentrum in ihre Gefolgschaft zwingen. Gelingt ihr das nicht, so will sie hohnlachend zusehen, wie alles sich in Brei auflöst. Will das Zentrum nicht Bürgerblockpolitik machen, so muß es Zentrumspolitik machen. Das heißt, es muß sich dafür stark machen, eine Regierung auf die Beine zu stellen, die den bisherigen Kurs der Mitte festhält, und muß nach dem Grundsatz handeln: „Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg.“

Die Republik und die parlamentarische Demokratie bestehen, weil es nichts gibt, wodurch sie ersetzt werden können. Darum halten sie auch manchen harten Schlag aus. Aber ihren Anhängern kann es nicht gleichgültig sein, wenn ihr Ansehen durch andernfalls Krisen erschüttert wird. Es muß ein Ende gemacht werden! Die Sozialdemokratie hat durch die Erklärung, die sie für die Wiederherstellung der Weimarer Koalition abgegeben hat, ihre Bereitschaft bewiesen, aktiv einzugreifen und die Krise zu beenden. Das Zentrum hat es vorgezogen, einen anderen Weg zu gehen; es muß jetzt zeigen, daß dieser Weg gangbar ist und nicht im Sande resultierender Regierungsversuche verläuft.

Im Reichsrat hat gestern Abend Herr Jarres erklärt, daß er das Amt des Reichsinnenministers niederlege, um als Oberbürgermeister nach Dalsburg zurückzukehren. Herr Stresemann wird heute im Auswärtigen Ausschuss des Reichstags voraussichtlich seine letzte Rede als Minister in Demission halten. Auch der Reichspostminister Dr. Hoefle scheidet aus. Sollten auch Hamann, Luther und Ranig gehen, so wären sechs Portefeuilles neu zu besetzen.

Mussolinis Gegenangriff.

Die Ruhe des Friedhofs.

Rom, 5. Januar.

Wahrscheinlich ist man über die Einzelheiten der italienischen Ereignisse im Auslande besser unterrichtet als bei uns. Seit dem 30. Dezember erscheinen keine Zeitungen mehr, außer den faschistischen, die nur das bringen, was die Regierung bekannt geben will. Trotzdem dürfte sich aber die große Linie der heutigen Lage besser hier in Rom erkennen lassen, wo man zwar in völligem Dunkel ist über die Ereignisse in der Provinz, aber immerhin über das Spiel hinter den Kulissen mehr erfährt als die Telegraphenbureaus ins Ausland berichten können.

Mussolini hat einmal den faschistischen Staat, im Gegensatz zum liberalen, dahin definiert, daß er sich nicht nur verteidigt, wie dieser letzte, sondern angreift. Was wir heute in Italien erleben ist der Angriff einer Partei gegen ihre Widersacher, der sich in den Formen eines Angriffs des Staates gegen Staatsfeinde darstellt, eben, weil die angreifende Partei sich aller Machtmittel des Staates hat bemächtigen können und sich ihrer gegen die Nation bedient.

Das erbarmungslose Häufen von Anklagen gegen das faschistische Regime, dessen — zeitlich — letzter Ausdruck die Veröffentlichung der Denkschrift Rossi war, hatte zunächst zwei Folgen gehabt: es hatte die Rechtsliberalen um Salandra zum Abtreten vom Faschismus bewogen und hatte die Börsen beunruhigt, mit recht spürbarem Rückgang der Bira, besonders gegenüber dem englischen Pfund. Darauf der außerordentliche Ministerrat vom 30. Dezember, für den der Rücktritt der beiden rechtsliberalen Minister Casati (Unterricht) und Sarachi (öffentliche Arbeiten) in Aussicht gestellt worden war. Statt dessen erfolgte nach mehrstündiger Beratung das Kommuniqué, in dem der Ministerrat einstimmig beschließt, die „materiellen und moralischen Interessen des Landes“ energisch zu schützen. Die Vorgeschichte dieser Einstimmigkeit soll die folgende gewesen sein. Ein Individuum hatte den Abgeordneten Gen. Turchi von der Existenz eines in Chiffreschrift verfaßten Rundschreibens der faschistischen Partei informiert, das von der Stiefmutternacht an eine Wiederaufnahme der Gewalttätigkeiten gegen die secessionistischen Parlamentarier anordnete. Angeblich sollte die Information eine Warnung sein. Die Sache wurde, nach einem für uns unkontrollierbarem Gerücht, auf dem Umweg über Giolitti anhängig gemacht. Der Ministerpräsident soll darauf zu dem von ihm so beliebten Werkzeug der Erpressung gegriffen haben, indem er sagte: „Ich kann den Grimm der faschistischen Massen zügeln, solange ich Ministerpräsident bin und mein Kabinett geschlossen hinter mir habe; in anderen Fällen sehe ich für nichts.“ Also, das alte Aischee: „Nach mir der Bürgerkrieg“. Wirkung ganz nach Wunsch.

So wurde die erste Phase des Angriffs gegen die Opposition eingeleitet, offiziell als scharfe Handhabung der Justidiktate. Böllige Unterdrückung der nicht faschistischen Presse. Auf Grund einer phantastischen Auslegung des Gesetzes über die Verwaltung der Gemeinden und Provinzen wurde das einheitssozialistische „Lavoro“ in Genua dauernd verboten. Die „Giustizia“, unser in Mailand erscheinendes Zentralorgan, erschien am zweiten Tage ganz ohne Text; nur der Titel des Blattes und die Anzeigen; trotzdem wurde das Blatt beschlagnahmt. Die kommunistische „Unità“ kam am gleichen Tage nur eine Seite stark heraus und brachte nur Ausschnitte aus faschistischen Blättern, mit Quellenangabe: der Beschlagnahme entging sie nicht. In Rom gefiel sich der herrschende Pöbel darin, junge Leute auszuweisen, die den oppositionellen „Mondo“ ausriefen. Natürlich drängte sich das Publikum, das Blatt zu kaufen; nachdem sie bezahlt hatten, drückte man ihnen aber ein faschistisches Revolverblatt, das „Impero“ in die Hände. Wer, aus infinktiem Eitel oder aus Prinzip, den Lappen zurückwies, wurde mit Knäpeln bearbeitet!

In diese Zeit fallen die Gewalttaten von Florenz, wo die Bureaus mehrerer Advokaten verwüstet und geplündert wurden, zwei Sitze des Freimaurerordens verwüstet und die ganze Redaktion und Druckerei des „Nuovo Giornale“ zerstört wurde, mit einem Sachschaden von zwei Millionen. Interessant ist, daß in Florenz die Truppen und die Polizei untätig dem Vandalismus zusahen, bis sich die faschistische Rotte dem Gefängnis zuwendete, wo sie einige der lautesten Vertreter ihres Ideals in Verpflegung wufte. Nun wendete sich der Präfekt telephonisch nach Rom, um anzufragen, ob das System der „gekreuzten Arme“ der Polizei weiter durchzuführen sei und erhielt die Antwort, daß jetzt gewalttätige Zurückweisung zulässig war.

In Pisa, Lucca, Livorno, Prato und kleineren Orten der Toskana ist ähnliches geschehen, immer im Anschluß an große Faschistenaufgebote, die ungeachtet des Verbotes jedweder Versammlung stattfanden.

Dann kam am 3. Januar die Kammereröffnung, mit der die faschistische Offensive in die zweite Phase tritt. Man

Das Diktat der Schwerindustrie.

Zweischichtensystem!

Die Telegraphen-Union verbreitet folgende Äußerung einer ungenannten „führenden Persönlichkeit der deutschen Montanindustrie“:

„Wenn Herr Brauns glaubt, daß er auf dem einfachen Verordnungswege unter Uebergehung des Gutachtens des Reichswirtschaftsrates die dreischichtige Arbeitszeit bzw. den Achtstundentag für Kohle- und Hochofenarbeiter diktatorisch erzwingen könne, so ist kaum anzunehmen, daß das Gesamtkabinett ihm auf diesem Wege Folge leisten wird. Schließlich ist der Reichswirtschaftsrat ja eine verfassungsmäßige Institution. Es ist höchst unwahrscheinlich, daß ein Kabinett, das an sich schon zurückgetreten ist und dessen Regierungsbefugnisse nur provisorische sind, noch die Verantwortung für eine für unsere gesamte Volkswirtschaft so einschneidende Maßnahme übernehme wollen. Schließlich ist es überhaupt fraglich, ob Herr Brauns wieder in das Reichsarbeitsministerium zurückkehrt, um so mehr, als er durch sein zurückweichendes Verhalten bei den Genfer Arbeitszeiterhandlungen sich international ziemlich festgelegt hat, was für die Erfüllung des Dawes-Gutachtens von geradezu katastrophalen Folgen wäre. Welches Verständnis Herr Brauns überhaupt den Belangen der deutschen Wirtschaft entgegenbringt, geht aus seiner Äußerung zu Vertretern der deutschen Industrie hervor: „Ich habe ja schon manches im Interesse der deutschen Industrie getan, trotzdem ich Arbeitsminister bin.“

Der Sinn dieser Verlautbarung der Schwerindustrie ist von aller nur wünschenswerten Deutlichkeit. Die Schwerindustrie fordert die Ausschiffung des Reichsarbeitsministers, der sich in der Frage der Wiederherstellung des Dreischichtensystems in der Schwerindustrie an die Bestimmungen der Arbeitszeiterordnung für gebunden hält. Die zweite Forderung der Schwerindustrie richtet sich an den sozialpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates, der morgen zur Rückkehr zum Dreischichtensystem Stellung nehmen wird. Man kann eigentlich nicht sagen, daß die Schwerindustrie mit dieser Verlautbarung vom sozialpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates verlangt, im Sinne der Schwerindustriellen zu beschließen. Diese halten es für selbstverständlich, daß der sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates in seiner Mehrheit unbedingt den Befehlen der Schwerindustrie gefügig ist.

Der „Vorwärts“ dürfte kaum in den Verdacht kommen, für den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns besondere Sympathien zu hegen. Ob die Äußerung, die „führende Persönlichkeit“ der Schwerindustrie dem Reichsarbeitsminister in den Mund legt, richtig ist, wissen wir nicht. Jedenfalls ist sie charakteristisch. Nicht minder charakteristisch ist es, daß die Schwerindustrie es unerhört findet, daß ein Reichsarbeitsminister sich bemüht ist, daß er schließlich auch an die Interessen der Arbeitnehmer denken muß.

In den Vereinigten Staaten ist die Schwerindustrie freiwillig zum Dreischichtensystem übergegangen, obwohl auch dort die Schwerindustriellen so ziemlich die brutalste Arbeitgebergruppe ist. In England, in Frankreich, in Belgien, in Schweden, in der ganzen zivilisierten Welt, in allen Ländern, die als Konkurrenzländer in Betracht kommen, ist das barbarische Zweischichtensystem in der Schwerindustrie beibehalten. Während in den Berufen, wo die Arbeitsweise eine im Verhältnis zur Schwerindustrie leichte und gesunde ist, der Achtstundentag für die große Mehrheit der deutschen Arbeiter in Kraft ist, sollen Reichswirtschaftsrat und Reichsregierung auf Befehl der Schwerindustrie die Arbeiter vor den Hochofen zur Zwölfwundenschicht verbannen.

Wenn die Volkspartei, die parlamentarische Vertretung der Schwerindustrie, hartnäckig auf der Bildung einer Regierung aus Deutschnationalen, Volksparteilern und Zentrum bestand, so deshalb, weil sie von ihren Auftrag- und Geldgebern in der Frage des Dreischichtensystems in der Schwerindustrie eine gebundene Marschroute hat. Die Schwerindustrie mutet den Mitgliedern des Sozialpolitischen Ausschusses des RWR, zu, diese Marschroute gleichfalls einzuhalten. Sie besteht darauf, entgegen den klaren Bestimmungen der Arbeitszeiterordnung, entgegen aller sozialpolitischen Einsicht, das schmachtvolle Zweischichtensystem aufrecht erhalten wird, das Deutschland der Verachtung der Kulturwelt preisgibt. Die Arbeiter der Schwerindustrie würden sich in einem Kampfe, der bei der Brutalität der Schwerindustriellen nur erbittert und hatnäckig sein könnte, so oder so den Achtstundentag zurückholen. Wir glauben jedoch nicht, daß der RWR, die Reichsregierung und der Reichstag der Schwerindustrie so zu Diensten stehen, daß die Arbeiter die Respektierung des Gesetzes erst erkämpfen müssen.

Kabinett Braun und Landtag.

Heute Erklärung über Köln.

Der Vorkommerrat des Landtags beriet am Donnerstag vor der Plenarsitzung über die Geschäftsfrage. Am Freitag soll die Plenarsitzung des Landtags um 11 Uhr mit einer Regierungserklärung zur Nichträumung Kölns stattfinden. Die Kommunisten wollen zu dieser Erklärung besonders Stellung nehmen. Es wurde eine Redezeit von zehn Minuten bestimmt, die aber voraussichtlich nur von dem kommunistischen Redner ausgenutzt werden wird, während die übrigen Parteien das Wort nicht nehmen wollen. Die nächste Sitzung soll dann am Mittwoch stattfinden. Man erwartet, daß an diesem Tage das Kumpfkabinett mit einer Regierungserklärung vor den Landtag treten wird.

Der Geschäftsordnungsausschuss des Reichstags beschloß gestern im Fall des kommunistischen Abg. Rosenbaum Hostenfassung über den Fall Hölllein wurde die Entscheidung auf heute vertagt.

wagte, daß die Wiederaufnahme der Kammerarbeiten den eigenen Hebertreit Salandras und der Seinen zur Opposition bringen würde. In der Tat hat Salandra gleich nach der Sitzung telegraphisch seinen Rücktritt als italienischer Vertreter des Völkerbundes bekanntgegeben.

Charakteristisch ist, daß Mussolini seine am 3. Januar angeforderten Maßregeln als Verteidigung des Landes gegen umstürzlerische Anschläge auszugeben sucht, wobei er auf Brände in verschiedenen Bahnhöfen großer Städte hinweist, von denen nie einem Menschen mit gesundem Verstand zu denken kommen konnte, daß sie etwas mit Umsturz zu tun hätten. Man bemerkte bescheidenlich, daß eben die Schamperei und Disziplinlosigkeit unter den Segnungen der Eisenbahnmilch noch größer wären als vorher. „Aus allem kann man Bouillon machen“, sagt ein italienisches Sprichwort. Und Mussolini macht die Bouillon seiner Repressalien aus den Bahnhofsbränden. Er kann doch nicht gut sagen: „eine Fortsetzung der Denkschrift Kossis paßt mir nicht“.

Mussolini ist, wie alle Männer der Tat, ein großer Vereinfacher. Aus der ganzen schweren Not des italienischen Volkes, der italienischen Nation, erfährt er nur wenig, soweit es auf ihn persönlich Bezug hat, und stellt dieses Wenige als allein wirklich dar. Eigentlich wirklich ist in Italien heute nur er selbst, Benito Mussolini; der Rest ist Schall und Rauch. Die Tscheta hat nie existiert. Er selbst fragt von sich selber: „Niemand hat mir bis jetzt die folgenden drei Eigenschaften abgesprochen: eine gewisse Intelligenz, großen Mut und eine souveräne Verachtung für das gemeine Geld“.

Wir halten dafür, daß nur die erste dieser drei Eigenschaften unbestritten ist. Mut besteht nicht nur darin, daß man schnell im Auto fährt oder sich junge Löwen hält. Wenn die Sorge vor einer Gehirnkrankung als Nachkrankheit einer in der Jugend überstandenen Infektion ein so treuer Begleiter und ein so schlechter Berater ist, der zeigt in seinem Hange nach immer neuen und immer stärkeren Reizen gar keinen Mut, sondern eine menschliche Hilflosigkeit, die er mit vielen Schicksalsgenossen teilt. Mut steht der Wirklichkeit mannhafte ins Auge.

Ueber den dritten Punkt wird die Geschichte das letzte Wort sprechen, wenn nicht die Weltgeschichte, so doch die Familiengeschichte. Wenn schließlich Mussolini sich erdreistet, sich zur moralischen Größe Matteottis aufzurufen, so wollen wir nur daran erinnern, daß die Mörder Giacomo Matteottis Mussolinis beste Freunde waren. Man mag aus dieser Tatsache keine strafrechtlichen Folgen ableiten, aber auf ethischem Gebiet erscheint die Geste moralischer Solidarität mit dem Toten, die Mussolini gewagt hat, unendlich viel gemeiner und obszöner als es jede Solidaritätserklärung mit den Mördern sein könnte.

Also: keine Tscheta, höchste sittliche Lauterkeit an der Regierung. Es folgt die Verherrlichung des Geschehenen: Niederschlagen der Meuterei der 1. Garde (der von Ritti gegründeten Polizei) und der Bewegung des Soldino (antifaschistische monarchische Bewegung in Sizilien und im Süden). Kraftprobe von Korfu. Was die italienische Normalität stört, ist die Opposition. Sie ist republikanisch; sie beschwört die Konflikte herauf, denen die Faschisten im ganzen Lande zum Opfer fallen.

Dann kommt das Melodrama, das bei Mussolini nie fehlen darf: er übernimmt alle politische und moralische Verantwortung für alles, was der Faschismus getan. Das sind Klause n. Tatsache ist, daß er diese Verantwortung hat und sich um sie zu bemühen versucht. Und zum Schluß die Eisenbahnbrände, die mit der parlamentarischen Sezession genau so viel zu tun haben, wie etwa die Sonnenwende:

„Es kommt ein Augenblick, wo man sagt: jetzt ist es genug. Wenn zwei sich streiten, so ist die Lösung nur in der Gewalt (forza); es hat nie anderes in der Geschichte gegeben und wird nie anderes geben. Man hat geglaubt, daß es mit dem Faschismus zu Ende sei, weil ich ihn niederkniete und ihn bändigte. Wenn ich den hundertsten Teil der Energie, die ich zum Niederhalten aufgewendet habe, daran

setzte, ihn loszulassen, dann würdet ihr sehen, was passiert; aber es wird nicht nötig sein, daß ich den Faschismus entseufte. Die Regierung ist stark genug, um den Zustand der Sezessionisten völlig niederzuschlagen. Italien will Frieden, Ruhe, Arbeit, und wir werden sie ihm geben, mit sanften Mitteln oder mit Gewalt. In 48 Stunden wird die Lage geklärt sein, das mögen alle wissen, nicht aus Laune oder aus Eier nach Macht, sondern aus unendlicher gewaltiger Liebe für unser Vaterland.“

Die 48 Stunden sind abgelaufen. Wir wissen noch nicht, was die Pandorabüchse enthält, die über uns ausgeleert werden soll. Man spricht von der Auflösung des Freimaurerordens und von der Entlassung sämtlicher Offiziere, die ihm angehören, von Massenverhaftungen, besonders der Republikaner, von einer Mahnahme, die die Abgeordneten der Opposition wegen sechsmonatigen Fernbleibens von den Kammerarbeiten ihres Mandats verlustig erklärt. All das hat wenig Bedeutung. Wer sich auf die Gewalt stützt als ultima ratio, für den sind solche Maßnahmen nicht wichtiger als Altweiberhausmittelchen in einem Fall der hohen Chirurgie. Mussolini stützt sich auf die Miliz: die erste Mahnahme der 48 Stunden bestand in der Ermächtigung der Präfecten, die Miliz zu mobilisieren. Am 4. Januar deklarierte die Miliz über den römischen Corso, unter dem eisigen Schweigen der Menge: mit aufgeschlitztem Bajonett, Maschinengewehren, Panzerautos und Ambulanzen: ein Symbol faschistischer Friedens!

Zusammengefaßt also ist die Lage die folgende: man hat gegen die Regierung schwere Beschuldigungen erhoben, die vor das Forum des gemeinen Rechts gehören. Sie antwortet darauf: die Bahnhöfe brennen, ich muß das Vaterland schützen. Den fehlenden Zusammenhang zwischen Frage und Antwort will sie durch Maschinengewehre herstellen!

„Es gibt kein Zurück!“

Das Kampfmantel der italienischen Opposition.

Rom, 8. Januar. (CP.) Das Ministerium des Innern hat der Presse heute nachmittags die kommentarlose Wiedergabe des oppositionellen Manifestes gestattet, dessen Veröffentlichung ursprünglich der Presse unter Androhung der Beschlagnahme der Zeitungen unterlag worden war. Die Oppositionsparteien beharren in ihrem Manifest auf ihrem unverrückbaren Standpunkt in der moralischen Schuldfrage gegenüber der Regierung. Sie betonen, daß sie sich bewußt seien, ihre Aufgabe sei noch nicht beendet und daß sie sich darauf vorbereiten, dieselbe mit Ruhe und Entschlossenheit durchzuführen. Die Regierung gebe sich umsonst der trügerischen Hoffnung hin, daß sie eine so verwickelte moralische und politische Frage lösen und das Volk materiell und moralisch den Enttäuschungen unterwerfen könne, die dem ersten Handstreich den Weg gebnet hätten und in der faschistischen Regierung sich zu bestigen schreien. Niemand werde diese zwei Jahre mit allen ihren Wechselläufen aus der Geschichte streichen können. In ihnen seien die Erfahrungen des italienischen Volkes zu einem unwiderruflichen Urteil gestellt.

„Es gibt kein Zurück! Das Jahr 1925 ist nicht das Jahr 1924!“

Wenn die Einsetzung von Nachmitteln gegen die Opposition das entscheidende Eingeständnis von Schuld und Schwäche bildet, so ist es töricht, von Italien zu verlangen, dem dunklen Spiel des Faschismus sein dringendes und gebieterisches Friedens- und Entschuldigungsbedürfnis zu opfern. Es müsse schon jetzt gesagt werden, daß die Lösung der Krise auch nicht durch die Wahlen gebracht werde, mit denen die gegenwärtige Regierung drohe. Unter den herrschenden Umständen würden diese nur die Befestigung und Verschärfung des Gewaltstreiches bedeuten, der in den letzten Tagen einsetzte, und die Krise äußerst verschlimmern, ernste Verantwortung ersehen lassen und eine neue Fälschung des Willens des Landes darstellen, das gegenüber der vorhandenen Absichten zu einem einzigen Avenia würde.

Das Manifest bestreitet auch, daß die Opposition Aufrührer schaffe und Verschwörungen anstelle, welche sie in aller Öffentlichkeit und mit den gesetzlich erlaubten Mitteln bekämpft.

Die schärfste Phase des Konflikts zwischen der Faschistenherrschaft und dem Lande habe begonnen.

Die Raste von Verfassungsmäßigkeit und Normalisierung sei gefallen. Die Regierung trete die Grundzüge der Verfassung mit Füßen, unterdrücke mit unerhörter Willkür die Freiheit der Presse und jedes Regierungsrecht, mobilisiere bewaffnete Parteikräfte, verfolge Vereine, drücke aber, ohne zu strafen, Verhaftungen und Brandstiftungen, die ihre Gegner treffen und Italien in den Augen der zivilisierten Welt erniedrigen. Das ganze Land sei überzeugt, daß der für die Unterdrückungspolitik benutzte Vorwand eine lächerliche Fälschung sei, da keine Verhinderung das Land bedrohe und keine Attentate gegen die Rechtsordnung verübt werden.

Heute sei es vielmehr die Regierung, die sich über die Verfassung hinwegsetze, und sich den Verfassungs- und Strafbestimmungen des Gesetzes zu entziehen suche, und dabei berufe sich die faschistische Oligarchie auf das „Recht der Revolution“, das ihr aber gar nicht zustehe, weil die gegenwärtige Regierung ja vom König ins Amt gesetzt worden sei. In dem Manifest heißt es noch: Vergeltlich sucht die Regierung die öffentliche Meinung abzulenken. Das Land sieht und hat verstanden, daß die Regierung, von der moralischen Frage bedrängt, eine äußerste Anstrengung macht, um sich dem Widerspruch der öffentlichen Meinung zu entziehen und den Weg zu versperren, der zur Wahrheit und Gerechtigkeit führt. Die Verbrennungen sind in der Atmosphäre entstanden, die von der Regierung geschaffen wurde.

Neuwahl in Italien.

Rom, 8. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Regierung hat beschlossen, dem am 12. Januar zusammentretenden Parlament lediglich die Wahlrechtsvorlage zu unterbreiten und sofort nach Annahme des Gesetzes das Parlament aufzulösen. Im Rai dürften dann die Neuwahlen stattfinden. Der Grund für diese Eile ist in der Besorgnis Mussolinis zu suchen, daß die Opposition, die in diesen Tagen wahrscheinlich schon zur Vereinigung unter der Führung Giolittis gelangen wird, den Weg zum König finden könnte und der König der gegenwärtigen Regierung dann Schwierigkeiten bereiten könnte. Mussolini weiß, daß der König die gegenwärtige Regierung als eine Gefahr für die innere Ordnung ansieht und ist darum vollkommen sicher, daß der König ein Befragen des Landes gern sehen wird. Die Gelegenheit zur Auflösung des Parlamentes ergibt sich aus einer Wahlrechtsänderung. In politischen Kreisen wird berichtet, daß Mussolini bereits das Auflösungsdekret mit der Unterschrift des Königs in Händen hat.

Anzweifeln versuchen die Radikalfaschisten, die das Ende ihrer Herrschaft im Parlament kommen sehen, die Regierung zu bestimmen, in das Wahlgesetz das Pluralstimrecht einzufügen und einen Artikel in das Gesetz aufzunehmen, der den Angehörigen der neuen Parteien gekommenen Gebietsstelle die Erlangung eines Abgeordnetenmandats fast unmöglich macht.

Rom, 8. Januar. (Eca.) Nach dem „Messaggero“ beschloß die rechtsradikale Kamergruppe, ihre beiden Vertreter in der Regierung, die Minister Raso und Gomili, provisorisch in der Regierung zu belassen.

Zusammenstöße.

Mailand, 8. Januar. (Eca.) Aus zahlreichen Orten werden Zusammenstöße zwischen Faschisten und der Bevölkerung, faschistische Demonstrationen und Gewaltakte gemeldet. In Triest verletzten die Faschisten, verschiedene oppositionelle Zeitungen zu stürzen. In Livorno wurden in der Nacht die Räumlichkeiten des faschistischen Plattes von Unbekannten in Brand gesetzt. In Brescia zerstörten die Faschisten Bureaus und Drucker des Popolari-Blattes.

Der Spitzbergen-Vertrag zwischen Großbritannien, den Vereinigten Staaten, Dänemark, Frankreich, Italien, Japan, Norwegen, den Niederlanden und Schweden ist in Kraft getreten. Es wird Norwegens vollständige Souveränität über den Spitzbergen-archipel anerkannt.

Der Sirdarmörder verhaftet. Aus Anzio wird gemeldet: Der langjährige Romannebaner, der im Verdacht steht, den tödlichen Schuß auf den Sirdar abgegeben zu haben, ist verhaftet worden.

Ärzte und Sozialismus.

In den Wahlkämpfen der rechtsgerichteten Parteien wurden die Angehörigen der sogenannten freien Berufe mit besonderer Verfolgung zu suchen gesucht. Man will ihnen ihre „Freiheit“ erhalten, wenn sie den „richtigen“ Wahlzettel zücken — sonst aber, wenn sie nicht artig sind, trifft sie der schwarze Teufel des Sozialismus.

Manche Ärzte haben sich in der letzten Zeit von dem Schloßwort der reaktionären Palang dreifachlosen lassen, weil, wie sie glauben, die Freiheit ihres Standes besonders gefährdet sei. Es ist bekannt, daß sich die wütenden und fanatischen Äußerungen vor allen Dingen gegen die Krankenkassen und ihre Tätigkeit richten.

Wie dem auch sei — kann den Ärzten durch eine Sozialisierung die Freiheit genommen werden? Dazu müßte man sich erst darüber klar sein, was man unter Freiheit versteht.

Der Sozialismus ist eine höhere Gesellschaftsordnung, die an die Stelle der individuellen Freiheit die Freiheit der Gesellschaft setzen will. In der befreiten Gesellschaft soll dann der einzelne die Handlungsmöglichkeit finden, die ihm nach seinem Beruf und seinen Fähigkeiten zukommt.

Beruft man unter Freiheit eine planlose Profitwirtschaft, die von ethischen und ökonomischen Grundfragen unbelastet ihren Vorteil wahrnimmt, wo sie ihn findet, dann muß man allerdings der Freiheit des Sozialismus verständnislos gegenüberstehen. Hat man aber nur ein ganz wenig Helfer in die Dinge hineingeführt, wird man begreifen, daß jede wirkliche, also auch die individuelle Freiheit erst dann anfängt, wenn man die Verhältnisse planvoll betrachtet, also als Sozialist tätig ist. Wiesen Ärzten wird es allerdings besonders schwer, diese geringe Einsicht aufzubringen. Nicht weil sie weniger Verstand als andere Menschen hätten, sondern weil sie sich noch heute einer Gesellschaftsfrage und -laste ungewöhrt fühlen, deren Prinzip eine antisozialistische, egoistische Profitwirtschaft ist. Diese Rolle sind die sogenannten Akademiker.

Hierher gehört alles, was glaubt, sich auf Grund erworbenen Wissens den eigenen Volksgenossen gegenüber überlegen gebärden zu dürfen. Für den Patienten nur wissenschaftliches Material. Das Verhältnis zwischen Arzt und Patient ist so wie das zwischen Leutnant und „Rohrkoten“. Der Kranke hat sich blindlings in die Schicksalsband der überlegenen Weisheit zu geben. Das Kurieren wird vom Geborenen abhängig gemacht.

Die Krankheit wird hier zum Fall, der bestenfalls ein wissenschaftliches Kuriositätsinteresse hat. Die Behandlung bleibt eine der Symptomtologie, die niemals den Menschen als ein einheitliches Wesen voraussetzt.

Der Durchschnittsarzt handelt so, wie es ihm die „Schule“ vorschreibt, und diese Vorschriften sind nicht nur wissenschaftliche, sondern sie haben durch den Mund und das Gebären der „Meister“ einen weit über das Gebiet der Medizin hinausgehenden reaktionären Charakter.

Wigendwas ist in der Moral, die der Arzt auf seiner akademischen Laufbahn mit auf den Weg bekommt, die Rede davon, daß die ärztliche Tätigkeit überhaupt nur dann einen Sinn hat, wenn sie

für die Allgemeinheit geleistet wird. Was hilft denn alle Bildung und Kultur, wenn das primitivste Verständnis für den Sinn und die Aufgabe des ganzen Berufes fehlt?

Der Arzt muß begreifen lernen, daß eine Krankheit sich ebenso aus dem Sozialen wie aus dem Biologischen erklären läßt und daß der Heilfaktor ebenso ein soziales wie ein biologisches Phänomen ist. Hierzu ist es notwendig, daß man dem Patienten eine vollkommene Gleichberechtigung zuweist. Er muß sogar „mitreden“ können. Die Verordnung eines jeden Medikaments muß von einer biologischen und einer sozialen Überlegung zu gleicher Zeit ausgehen. Immer und immer mühte sich der Arzt bewußt sein, daß der Unterschied zwischen Arzt und Patient nur ein zufälliger im Verlaufe der Tatsache ist, daß sie beide Funktionen einer übergeordneten Allgemeinheit sind. Das nennt man dann sozial denken und sozial handeln.

Hieron sind wir allerdings weit entfernt. Das zeigt die Hehe der Ärzte gegen die von den Rassen einerseits und den Umweltsituationen. Es ist gar kein Zweifel, daß in diesen gemeinnützigen Instituten ökonomischer und sozialer der bis ins Raffinement getriebenen technischen Ausstattung auch ärztlich besser gearbeitet wird als bei den vereinzelt wirkenden und auf ihre bescheidenen Mittel angewiesenen Individualärzten.

Aber wann hätten je Einsichten und Bemerkungsgründe Menschen bestimmt, wenn sie von einem Rebel reitunosofor Beurteile umtanzen sind? Die Verärztlichung hätte die Möglichkeit, sich die verlorenen materielle und geistige Position zurückzugewinnen — wenn sie nur wollte, wenn sie eneratisch ihren Blick von ihren Spezialinteressen auf die Interessen der Allgemeinheit richten wollte und einmal nur nach den Grundfragen des Idealismus verführe, den sie so oft bei ihren Proklamationen heraufbeschwört.

Richard Huelsenbed.

Eine bedeutsame Entdeckung auf dem Gebiete der Röntgenstrahlen. Wie wir wissen, sind Röntgenstrahlen mit Lichtstrahlen wesensgleich und unterscheiden sich von ihnen nur durch ihre zehnmaligen bis hundertfachen Wellenlänge. Durch Glasprismen werden die Lichtstrahlen in ihre einzelnen Wellenlängen — „spektro“ — zerlegt. Diese Zerlegung, auf der ein Teil der Spektralanalyse beruht, wird durch Brechung des Lichtes im Prisma hervorgerufen. Wie nun der schwedische Forscher Manne Siegbahn (Uppsala) in den „Naturwissenschaften“ mitteilt, ist es ihm gelungen, die Parallele zur Lichtoptik auf dem Gebiete der Röntgenstrahlen aufzufinden: Siegbahn und seine Mitarbeiter haben zum erstenmal die Brechung der Röntgenstrahlen experimentell dargestellt. Die schon seit Jahrzehnten auf dieses Ziel gerichteten Arbeiten hervorragender Forscher waren bisher gescheitert. Mit Siegbahns Entdeckung erhält die physikalische Wissenschaft eine direkte Methode, die Anzahl der Elektronen verschiedener Atomkerne zu bestimmen. Untersuchungen dieser Art sind bereits im Gange.

Arbeiten, die das Gehör schwächen. Der Verztelung in Leningrad (Petersburg) beschäftigte sich hauptsächlich mit den Krankheiten des Kehlkopfes, der Nase und des Gehörs. Diese Krankheiten treten in Sowjetrußland ganz besonders stark in gewissen Berufen hervor, weshalb man sie einfach die Professions-

krankheiten nennt. Sie zeigen sich bei allen Arbeitern, die fortwährend dem Staub, den giftigen Gasen, den unauthorischen und starken Geräuschen ausgesetzt sind. Am interessantesten waren die Ausführungen eines Arztes aus dem Gouvernement Charkow, der sich hauptsächlich mit den Gehörnerren beschäftigt hat. Er hatte im Gouvernement Charkow alte Arbeiter, die in den großen Kesselfabriken und überhaupt in den Eisenfabriken beschäftigt sind, untersucht und dabei gefunden, daß die Leute infolge des ununterbrochenen nerpenergeschütternden Lärmes schon nach einem halben Jahr nicht mehr ein richtiges, scharfes, auf alle Töne reagierendes Ohr haben und daß nach 20 Jahren Arbeit in solchen Fabriken 80 Proz. das Gehör ganz und gar eingebüßt haben. Auch die Arbeiter, die noch halbwegs hören können, leiden an Kopfschmerzen, Kopfschwellungen und haben taulende Geräusche in den Ohren. Er vertritt sich wenigstens eine teilweise Besehung des Leidens dadurch, daß die Arbeiter mindestens zweimal im Jahr aus der Fabrik auf mehrere Wochen ausweichen und in einer ganz ruhigen Umgebung, im Wald, oder auf dem Lande, ihren kranken Körper Erholung geben.

Heilmuth u. Rolle für den Pazifismus. Die Arbeiter der Gewalt, die Anhänger des Krieges, berufen sich in Deutschland mit Vorliebe auf Heilmuth v. Helldorf, der im Jahre 1880 einmal in einem Briefe an Bluntschli erklärt hatte, der ewige Friede sei ein Traum und nicht einmal ein schöner. Sie verschweigen dabei, daß nicht nur Deutschlands gewaltigster Denker, der Philosoph Kant, und Deutschlands größter Dichter, Goethe, sich zum Pazifismus bekamen, sondern daß auch Heilmuth v. Helldorf als einfacher Generalkonsul ganz anders urteilte. Als Hauptmann schrieb Helldorf: „Eine freiwillige Vermehrung des Wohlstandes ist besser als kriegerische Eroberungen“, und weiter: „Wir bekennen uns offen zu der vielfach verspotteten Idee eines allgemeinen europäischen Völkerfriedens. In nicht der Gang der Weltgeschichte eine Annäherung zu jenem Frieden? — In dieser preußische Offizier schrieb schon damals, daß nur durch „höhere religiöse und sittliche Erziehung der Völker“ die Einsicht über die Verderblichkeit selbst eines siegreichen Krieges erzeugt werden könne. Das schrieb der Offizier Helldorf in der geistigen Volkstrost seiner Jahre. Selbstverständlich verdammt nur eine höhere moralische Kultur die schauerliche Barbarei des Massenmordes. Wepphauerin dieser sittlichen Erziehung — im Kampfe mit allen kulturfeindlichen, scheinchristlichen Anbetern roher Gewalt — ist die Sozialdemokratie.

„Die französische Malerei der Gegenwart“. Am Sonnabend, den 10. abends 7 1/2 Uhr, habe ich die Vorlesung der Kunstgeschichte des 19. Jahrhunderts, die von zwei Malerbildervorträgen hall, die zur Einleitung der Vorlesung von Dr. Otto Grautoff über das abige Thema hält. Karten um Preis von 60 Pf. am Saalraum.

Musiktheater. Wegen Erkrankung eines der Hauptdarsteller ist die Abschiedsvorstellung des Moskauer Musiktheaters am Deutschen Musiktheater nicht „Die Brüder Karamasoff“ sondern „Onkel Wanja“ von Tschekow.

In der „Romade“, Kurfürstendamm 206-207, findet am Sonntag, den 11. mittags 11 1/2 Uhr, eine Lang-Ratines von Frau Kaitow, Raita Sterna, Maria Solowjowa u. a. m. hat zur Darstellung gelangt ein Programm, das Tausende aller Zeiten enthält. Die Zeitung des begleitenden Kammerorchesters hat Panofsky dirigiert.

Löbes Wahl.

Deutschnationale Schmerz- und Rachegefühle.

Während außer den Organen der Links- und Mittelparteien auch die volksparteilichen Zeitungen die Wahl Löbes zum Präsidenten mit Beugung begrüßen, weil sie sich davon eine sichere Verhandlungsführung versprechen, veranstaltet die deutschnationale Presse eine mißtonende Musik und sucht ihre Niederlage durch persönliche Angriffe auf den Gewählten zu rächen. Sie rechnet es Löbe als besondere Bosheit an, daß er davon sprach, die Sparrer und Gläubiger hätten ihr Eigentum im Jahre des Ruhrkampfes verloren. Das sei eine bewußte agitatorische Wendung. Die betroffenen Kreise können es sich ja selbst ausrechnen, was sie am Anfang des Jahres 1923 und am Ende des Jahres 1924, um die Richtigkeit der Löbeschen Bemerkung zu prüfen. Wird gebärden sich die „Kreuzzeitung“ und „Deutsche Zeitung“, weil er die Beifalls- und Gebungen von den Tribünen, als er sein Amt übernahm, nicht sofort rügte. Sie haben nicht einmal dafür Verständnis, daß ein neugewählter Präsident seine Tätigkeit doch nicht mit Verweisen und Ausweisen beginnen kann, ehe er überhaupt ein anderes Wort gesprochen hat. Besonders erzürnt ist die „Deutsche Tageszeitung“ über das Reichsbannerabzeichen des Genossen Löbe und nachdem sie ihrem Unmut darüber Luft gemacht hat, schreibt sie:

Wenn man sich erinnert, in wem überaus vornehmer und höchst eitel ein Excellenz Wallraf als neugewählter Präsident seinem Vorgänger Löbe den Dank für seine Tätigkeit ausdrückte und dann die dürftigen Worte dabeisetzte, die Herr Löbe gleichsam als Anhängel am Schluß seiner Rede mit einer gewissen beschämten Würstlichkeit hinwarf, dann empfand man doch recht peinlich den Wandel im Ton, den gestern das Präsidium durchgemacht hat.

Wenn sich die „Deutsche Tageszeitung“ recht erinnert, würde sie wissen, daß Herr Wallraf dem Genossen Löbe überhaupt keinen Dank gezollt hat, sondern nur in einem halben Satz an die hohe Anerkennung erinnerte, die Fehrenbach bei Beendigung seiner Amtsdauer ihm ausgesprochen hat, und wenn sie recht herumgehört hätte, würde sie selbst bei den eigenen Parteifreunden das Gefühl für die weitgehende Courtoisie angetroffen haben, die in der Anerkennung der Schwierigkeiten Wallrafs lag. Drollig gebärdet sich der „Tag“, wenn er anständig, daß nach den kleinen Pinschern Löbe, Bell und Rieher jetzt erst der rechte Verhandlungsleiter erscheinen wird, nämlich: „Vizepräsident Graf Thüringen“. Ausgerechnet dieser Graf. Bei der bloßen Namensnennung schütteln sich die eigenen Parteifreunde. Ausgerechnet er, der es als Befehdung betrachten würde, wenn man ihm auch nur den Willen zur Unparteilichkeit zutrauen wollte, und dessen Amtsführung alle mit einem Grinsen entgegensehen! Die Zukunft wird es zeigen.

Rund um die Staatsbank.

Eine unanständige Verdächtigung.

Der „Tag“ drückt endlich — nach mehreren Tagen — die Zuschrift des Genossen Robert Schmidt ab, in der dieser sich gegen die Versuche, ihn in Beziehung zu der Barmat-Angelegenheit zu bringen, zur Wehr gesetzt hat. Trotz der eindeutigen Richtigstellung des Genossen Schmidt wiederholt der „Tag“ in der unanständigsten Weise seine Verdächtigungen. Er schreibt:

Diese Mitteilung des früheren Reichswirtschaftsministers Schmidt muß jeden überraschen, der sich persönlich davon hat überzeugen können, daß mit dem früheren Reichsfinanzminister Bauer, der geschäftliche Beziehungen zum Barmat-Kongress nicht leugnet, auch Schmidt mehrfach im Hotel Bristol an den dort von den Gebrüdern Barmat in sehr freudiger Weise veranstalteten Dinners und Soupers teilgenommen hat. Diese Dinners und Soupers dienen nicht etwa der Anknüpfung geschäftlicher Beziehungen, die deshalb vielleicht mit Recht gelehrt werden, sondern der Anknüpfung geschäftlicher Beziehungen. Natürlich haben wir niemals behauptet, daß Herr Schmidt in seiner Eigenschaft als Reichswirtschaftsminister an diesen Besprechungen beteiligt war.

Genosse Schmidt bittet uns mitzuteilen, daß die Verdächtigungen des „Tag“ freie Erfindungen darstellen. Er habe niemals in seinem Leben mit Barmat an einem Diner oder Souper teilgenommen — weder im Hotel Bristol oder einem anderen Hotel, noch sei er überhaupt jemals im Hotel Bristol gewesen.

Diese Methode, trotz aller Berichtigungen längst zurückgewiesene Behauptungen und Verleumdungen immer wieder zu verbreiten und erneut zu behaupten, charakterisiert die Hugenberg-Presse.

Die Gewährsmänner der Rechtspresse.

Herr R. E. Morik, gegen den sich die Richtigstellung des Genossen Bauer in Nr. 9 des „Vorwärts“ wandte, sendet uns eine Berichtigung, der wir folgendes entnehmen:

Es ist altertümlich unwise, daß ich beim Abbau des alten Speeres zur Disposition gestellt worden bin, wahr ist vielmehr, daß ich eine bevorzugte Stelle um den Preis des Schweigens abgetreten habe und nach Jahr und Tag auf Grund der Ablehnung, den fortgesetzt verlangten Pensionierungsantrag vorzulegen, unter Verletzung des § 24 des Reichsbankengesetzes auf Vorposten gesetzt worden bin und bis heute lieh;

es ist unwise, daß ich Herrn Bauer betätigte, bis er nur die Läre wies, wahr ist vielmehr, daß ich Herrn Bauer nur einmal im Reichsfinanzministerium sprach, worauf er mir die Hand schüttelte und mich im Ministerium zurückließ, während er fortfuhr; es ist unwise, daß ich mit dem Mitgliedsbuch und einer parteiamtlichen Empfehlung zu ihm gekommen bin.

Die Angaben des Genossen Bauer gegenüber Herrn R. E. Morik können jederzeit durch Urkunden bewiesen werden.

Die Untersuchung gegen die Brüder Barmat.

B. S. Die Untersuchung gegen die Brüder Barmat — es handelt sich vor allem um Direktor Julius Barmat — wird am heutigen Freitag in ein neues Stadium treten. In dem Roobiter Schmutzgerichtssaal, der eigens für die Untersuchungsgegenstände „Barmat und Genossen“ eingerichtet ist, wird sich eine Verhandlung abspielen, wie sie der Justizpalast in dieser Art noch nicht kennengelernt hat. Es handelt sich um eine Art Gläubigerversammlung, bei der die Staatsbank und die Reichspost versuchen wollen, von Julius Barmat Zugeständnisse zu erlangen, um die vorläufig noch in der Luft hängenden Kredite wieder hereinzubekommen.

Zentrumsabgeordnete und Barmat-Affäre.

Die Gra-Korrespondenz meldet: Die von einem Berliner Nachrichtenbureau verbreitete Mitteilung, daß der Reichspostminister Abg. Dr. Hoefle und der Abg. Sange-Hegermann ihre Reichstagsmandate niedergelegt hätten, stimmt mit der Tatsache nicht überein. Auf Anfragen erklärt uns

der Abg. Dr. Hoefle, daß er sein Mandat nicht niedergelegt habe. Es werden, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, beide Herren mit der Barmat-Affäre in Verbindung gebracht. Einsteilen handelt es sich jedoch lediglich um ein Gerücht. Der Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstags hat selbstverständlich sofort beim ersten Bekanntwerden der Anschuldigung eine Untersuchung eingeleitet, die jedenfalls in kürzester Zeit eine Klärung der ganzen Angelegenheit bringen wird. Vorläufig handelt es sich jedenfalls nur um Bormüße, deren Richtigkeit nicht erwiesen ist.

Der härteste Schlag seit 1918.

Kölns Protest gegen die Nichträumung.

Köln, 8. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die sozialdemokratische Kölner Stadtverordnetenfraktion hatte vom Oberbürgermeister von Köln verlangt, daß er dem Stadtverordnetenkollegium möglichst bald Gelegenheit gebe, gegen die Nichträumung der Kölner Zone öffentlich Protest zu erheben. Das ist am Donnerstag geschehen. Zu Beginn der Stadtverordnetenversammlung brachte Oberbürgermeister Udenauer eine Protestkundgebung zur Verlesung, in der es u. a. heißt:

„Auf eine unerhört lange, in der Geschichte der Neuzeit ohne Beispiel bestehende Zeit ist durch den Versailler Vertrag die Befreiung der Rheinlande angeordnet. Das befreite rheinische Gebiet hat diese Last und die damit verbundene, mit dem Rechtsempfinden der Kulturvölker nicht zu vereinbarende Unfreiheit auf sich genommen in der Erwartung und Ueberzeugung, daß die im Vertrag zu seinen Gunsten festgelegten Termine innegehalten würden. In dieser Erwartung steht sich die Bevölkerung des gesamten auf Grund des Vertrages befreiten Gebietes auf empfindlichste getäuscht. Wenn der erste im Artikel 429 festgelegte Termin nicht innegehalten wird, wer steht dann dafür ein, daß die übrigen Termine eingehalten werden? Für das ganze befreite Gebiet ist daher die Nichträumung der Kölner Zone der härteste Schlag, der es seit dem Zusammenbruch des Jahres 1918 trifft. Ohne Konsolidierung der deutschen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse ist die erhöhte Produktivität, die der Dawes-Plan verlangt, unmöglich. Diese Konsolidierung hat durch das Vorgehen der Befreiungsmächte eine erhebliche Schwächung erfahren. Die Reichsregierung und die große Mehrheit des deutschen Volkes sind bereit, die in London übernommenen internationalen Verpflichtungen durchzuführen. Diese Verpflichtungen sind aber so groß, daß ihre Erfüllung ohne eine zeitliche Befriedung des deutschen Volkes unmöglich ist. Diese Befriedung hatte im vergangenen Jahre begonnen. Sie wird durch die Nichträumung der Kölner Zone auf eine sehr schwere Probe gestellt. Das befreite rheinische Gebiet bittet und beschwört daher die Regierungen und Völker der Befreiungsmächte, die in sein Geschick, in das Geschick Deutschlands, ja in das Geschick Europas so tief einschneidende Räumungsfrage nicht reinlich, nicht in einer für alle Beteiligten unumwandelbaren Weise, sondern mit der durch den Ernst und die Bedeutung der Sache gebotenen Eile, mit aller Loyalität und im Sinne der wahren, der geistigen Abrüstung, die für die Wohlfahrt ganz Europas unerlässlich ist, zu lösen. Die Reichsregierung bitten wir, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um die möglichst baldige Befreiung Kölns und der Kölner Zone herbeizuführen.“

Der Eindruck der deutschen Note.

Eine offiziöse Erklärung.

London, 8. Januar. (W.B.) Die Reuter aus wohlunterrichteten Kreisen erzählt, wie die deutsche Antwortnote an die Alliierten hier so aufgefaßt, als ob sie keines weiteren Kommentars bedürfe, da sie in keiner Weise die Lage beeinflussen. Der nächste Schritt für die Alliierten sei augenscheinlich, den Bericht der Kontrollkommission abzuwarten, welche zurzeit dabei sei, ihren Bericht abzuschließen. Man erwarte den Bericht in Kürze, obwohl das Datum noch nicht bekannt sei. Die Fragen, mit denen man sich nun zu befassen haben werde, seien Lafragen und irgendeine neue Entwicklung in der Sachverhältnisse sei nicht zu erwarten, bis die militärischen und anderen Sachverständigen der alliierten Regierungen im Besitz der genauen Einzelheiten seien. Dann werde zweifellos eine neue Note nach Berlin geschickt werden.

Das bayerische Konkordat.

Die Annahme im Landtag gesichert.

München, 8. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Regierung ist es nach dem am Mittwoch erfolgten Zwischenfall im Verfassungsausschuß in wiederholten Sitzungen mit den Koalitionsparteien gelungen, den authentischen Wortlaut der von der Regierung den Deutschnationalen zugestandenen Interpretation zum Konkordat festzulegen. Es wurde deshalb in aller Eile für Donnerstagabend eine neue Sitzung des Verfassungsausschusses zusammenberufen, in welcher der Ministerpräsident Dr. Held diesen Wortlaut bekanntgab. In dieser authentischen Interpretation der unstrittigen Artikel des Konkordats wird festgestellt:

1. daß das Konkordat in Bayern auch Landesgesetz ist und dementsprechend nur der deutsche Text maßgebend ist;
2. daß durch Anerkennung des Rechts an die Kirchen, im Rahmen ihrer Zuständigkeit Gesetze und Verordnungen zu erlassen, die ihre Mitglieder binden, der Artikel 137 der Reichsverfassung nicht berührt wird;
3. daß der Freiheit des Gewissens und der Vereinigung der Lehrpersonen an den Bekenntnisschulen durch das Konkordat keine andere Schranken gezogen sind als die durch die besonderen Amts- und Standespflichten der Lehrer bedingt sind;
4. daß die staatliche Schulaufsicht in Bayern erhalten bleibt und daß eine Wiedereinführung der früheren geistlichen Schulaufsicht nicht in Frage steht, daß ferner der kirchlichen Oberbehörde oder deren Beauftragten keine dienstaufsichtlichen Befugnisse in den weltlichen Fächern an der Bekenntnisschule eingeräumt werden;
5. daß die Verpflichtungen des bayerischen Staates zur Dotation der katholischen Kirche durch den Art. 138 der Reichsverfassung und des § 10 der Landesverfassung feststeht und daß die Durchführung dieser Verpflichtung nur im Einverständnis mit dem Landtag getroffen wird.

Diese Interpretation wird der Ministerpräsident in feierlicher Form in der Plenarsitzung des Landtags im Namen der Staatsregierung vortragen. Sie soll bindend sein für alle künftigen Streitigkeiten in der Auslegung der drei Kirchenverträge. Die staatsrechtliche Bedeutung dieser offiziellen Regierungserklärung ist aber außerordentlich gering, da sie in keiner Weise bindend Form gegeben wird. Keine künftige Regierung muß sich an diese Erklärung halten und kann jedenfalls mit einfacher Landtagsmehrheit über sie hinweggehen, während für die Befestigung der geistlichen Kirchenverträge für alle Zeiten eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist. Daraus ist ohne weiteres ersichtlich, wie groß der Unfall der Deutschnationalen

gegenüber der Bayerischen Volkspartei ist, die grundsätzlich ihren Willen beim Abschluß des neuen Konkordats in allen Punkten durchsetzt hat.

Nach dreistündiger Debatte nahm der Verfassungsausschuß unter Ablehnung sämtlicher Anträge der Opposition mit 15 Stimmen der Bayerischen Volkspartei, des Bayerischen Bauernbundes und der Deutschnationalen gegen 11 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Böttischen das Konkordat und die beiden protestantischen Kirchenverträge an. Die entsprechende Gesetzesvorlage der Regierung kommt bereits am nächsten Dienstag in die Plenarsitzung des Landtages.

Die Handelsvertragsverhandlungen.

Trendelenburg reist wieder nach Paris.

Die Kabinettsitzung, in der Staatsminister Trendelenburg über den Gang der Pariser Verhandlungen berichtete, war gestern nach 1 Uhr beendet. Wie von zuständiger Stelle verlautet, reist Trendelenburg heute früh nach Paris zurück.

Frankreich hält fest am Protektionismus.

Paris, 8. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Handelsminister hat am Donnerstag nachmittag im Ministerkollegium Mitteilung gemacht, daß der Vorsitzende der deutschen Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen Staatssekretär Trendelenburg am Freitag wieder in Paris zurück sein wird, um die Verhandlungen fortzusetzen. Der Handelsminister hat den Ministerrat weiterhin davon in Kenntnis gesetzt, daß zwischen der deutschen und der italienischen Regierung seiden ein Modus-vivendi-Abkommen auf der Grundlage gegenseitiger Meistbegünstigung zustandegekommen sei. Ein Abkommen dieser Art sei für Frankreich nicht annehmbar, da sich die französische Zollgesetzgebung der Meistbegünstigung ausdrücklich widersetze und der Abschluß eines Wirtschaftsabkommens auf dieser Grundlage in Frankreich aller Voraussicht nach eine schwere Produktionskrise zur Folge haben werde.

Eine halbamtliche Mitteilung stellt erneut in Abrede, daß auf der Londoner Konferenz den Vertretern Deutschlands von der französischen Delegation irgendwelche Zusicherungen für die künftige zollrechtliche Behandlung des Saargebietes gemacht worden seien.

Ragnaldi gegen Meistbegünstigung.

Paris, 8. Januar. (W.B.) Heute früh fand unter dem Vorsitz Herrriots ein Ministerkollegium statt, in dessen Verlauf der Handelsminister Ragnaldi berichtete, daß Herr Trendelenburg morgen in Paris eintrifften werde, um mit ihm über den Abschluß eines deutsch-französischen Wirtschaftsabkommens zu konferieren. Ragnaldi sagte sodann seine Kollegen davon in Kenntnis, daß Italien und Deutschland ein Zollabkommen geschlossen haben, das auf der Grundlage der Meistbegünstigung aufgebaut ist. Frankreich könne die Meistbegünstigung nicht gewähren, erklärte der Minister, weil dieses mit seinen Wünschen in Widerspruch stehe, und außerdem würde im Falle des Abschlusses eines solchen Abkommens in Frankreich innerhalb weniger Monate die Arbeitslosigkeit überhandnehmen.

Paris, 8. Januar. (W.B.) Havas dementiert gewisse Nachrichten, daß die französischen Delegierten im Verlauf der Londoner Konferenz den deutschen Vertretern gewisse Zusicherungen bezüglich des Zollregimes für das Saargebiet für 1923 abgegeben hätten. Diese Nachrichten seien in allen Punkten falsch. „Liberté“ hält die französischen Behauptungen trotzdem aufrecht und erklärt, in naher Zukunft werde es sich zeigen, auf welcher Seite die Wahrheit zu finden sei.

England und Italien fordern einen Deutecantel.

Paris, 8. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die „Information“ veröffentlicht am Donnerstagabend die von den französisch-belgischen Besatzungsbehörden aufgestellte Bilanz über Einnahmen und Ausgaben der Ruhrbesatzung für die Zeit vom 11. Januar 1923 bis 1. September 1924. An Einnahmen sind darin aufgeführt: 45,5 Millionen aus Beschlagnahmungen von Bargeld und Strafen, 436,4 Millionen aus Naturalieferungen, 129 Millionen aus der Kohlensteuer, 163 Millionen aus den Zöllen, 101 Millionen aus den Ausfuhrbewilligungen, 27 Millionen aus den staatlichen Forsten und 67 Millionen aus den Uebererschüssen der Eisenbahnregie. Die diesen Gesamteinnahmen in der Höhe von 771,9 Millionen Goldmark gegenüberstehenden Ausgaben im Betrage von 184 Millionen (septen sich folgt zusammen: allgemeine Erhebungs- und Bewaltungskosten 16 Millionen, Kosten des Betriebes der beschlagnahmten Zechen und Werksanlagen sowie Kosten der Kohlenverladung 51 Millionen, Kosten der militärischen Besatzung 114 Millionen, davon 65 Millionen für Frankreich und 49 Millionen für Belgien. Bei den Ausgaben ist bisher nur die Berechtigung Frankreichs und Belgiens, die eigentlichen Erhebungs- und Bewaltungskosten in Höhe von 16 Millionen in Abzug zu bringen, anerkannt worden. England und Italien vertreten bekanntlich den Standpunkt, daß Frankreich und Belgien andererseits höchstens ein Anrecht auf Erstattung der Mehrkosten haben, die die Unterbringung der Truppen im Ruhrgebiet verursacht hat und die auf etwa 50 Millionen für Frankreich und 10 Millionen für Belgien beziffert werden. Dagegen soll England die Berechnung dieser herabgesetzten Ausgaben nur auf die Sachleistungen zulassen, so daß die im Ruhrgebiet erzielten Vereinnahmungen zur Abdeckung der belgischen Vorrechte verfügbar waren. Dagegen protestiert vor allem Frankreich, das bei einer solchen Regelung geringere Beträge, die von ihm einbehaltenen Beträge an Belgien abzuführen.

Mit Recht weisen die französischen Unzufriedenen darauf hin, daß Frankreich in den Jahren vor der Ruhrbesatzung weit größere Reparationsentnahmen erzielt habe als durch diese Gewaltoperation.

Oesterreich und Horthy-Ungarn.

Die Verhandlungen stocken.

Budapest, 8. Januar. Die auf eine provisorische Regelung der handelspolitischen Beziehungen zwischen Oesterreich und Ungarn abzielenden Verhandlungen wurden gestern Abend vorerst abgebrochen. Die beiderseitigen Delegierten legten ihre Wünsche und die Stellungnahme ihrer Regierungen fest, soweit diese geklärt ist und soweit das ohne weitere Befragung der Ressortminister möglich war. Der ungarische Verhandlungsleiter wird heute der Regierung die diesbezüglichen Protokolle oder Referendata vorlegen sowie weitere Instruktionen entgegennehmen. Der Verhandlungsabbruch dürfte längere Zeit andauern, da der österreichische Verhandlungsleiter, Sektionschef Dr. Schäfer, am 18. Januar sich nach Rom zur Aufnahme handelspolitischer Verhandlungen mit Italien begibt.

Normalzustand in Island. Da die finnische Regierung die Innenordnung ihres Landes als stabil betrachtet, ist die Institution des Oberbefehlshabers mit außerordentlichen Vollmachten, welche anlässlich des Kommunismusputsches am 1. Dezember 1924 in Kewal errichtet worden war, aufgehoben.

Gewerkschaftsbewegung

Die dummen Ausreden Losowskys.

In den Pressenachrichten des IGB schreibt Genosse Dubegeest: In der „Rollen Fahne“ vom 23. Dezember erschien ein Artikel unter dem Titel: „Die dummen Reden Burcells und die klugen Reden Dubegeests“, in dem der Vorsitzende der RGA Losowsky sich zum zweiten Male mit seinem „Vorwärts“-Artikel vom 20. November befaßt — diesmal in einer Weise, die deutlich zeigt, daß Losowsky alles eher als den Ansehens der russischen Gewerkschaften auf Grund der Statuten des IGB will.

In dem erwähnten „Vorwärts“-Artikel wurden die Voraussetzungen genannt, unter welchen ein eventueller Anschluß ins Auge gefaßt werden könnte. Es wurden dabei folgende Gesichtspunkte als maßgebend hervorgehoben:

1. Autonomie der russischen Gewerkschaften.
2. Verzicht der russischen Gewerkschaften auf den Zellenbau in den Organisationen der verschiedenen Länder.
3. Stellungnahme zur Sozialgesetzgebung.
4. Kampf der russischen Gewerkschaften für die Abrüstung auch im nationalen Rahmen.

Wer freilich in dem Artikel Losowskys eine klare Antwort hinsichtlich dieser Punkte sucht, sieht sich bald enttäuscht. Es ist wieder einmal die übliche Aufzählung, das beliebte Jonglieren mit Schlagworten, ohne den kleinsten Versuch eines Eingehens oder gar einer direkten Beantwortung auf gestellte Fragen, kurz eine Fortsetzung der von kommunistischer Seite seit längerer Zeit geübten Taktik.

Es ist wichtig, dies besonders festzustellen, weil dieses Auskniffen nur noch deutlicher beweist, daß Losowsky von einem Anschluß der russischen Gewerkschaften an das IGB nichts wissen will. Andererseits sieht sich Losowsky mit Rücksicht auf die Einheitsfronttaktik der letzten Jahre genötigt, bei der öffentlichen Darlegung seiner Auffassungen einige Zurückhaltung zu beobachten und sich bei der Beantwortung der oben erwähnten Fragen auf Allgemeinheiten zu beschränken.

Bei Punkt 1: Autonomie der russischen Gewerkschaften, sucht Losowsky sich mit dem Raisonnement: was dem einen recht ist, ist dem anderen billig, aus der Schlinge zu ziehen. Die Organisationen der Arbeiterdemokratischen Internationale, wird gesagt, unterhalten Beziehungen mit den sozialdemokratischen Parteien, die russischen Gewerkschaften mit der kommunistischen Partei. Mit dieser Feststellung gibt Losowsky direkt die Unabhängigkeit unserer Gewerkschaftsbewegung von der politischen Partei zu. Spricht er doch ausdrücklich von Beziehungen zur Sozialdemokratie, während die russischen Gewerkschaften bekanntlich in einem vollkommenen Abhängigkeitsverhältnis zur kommunistischen Partei stehen. Losowsky erklärt ja selbst am Schluß seines Artikels, daß die Sowjetverbände von ihrem Staat Geld nehmen und nehmen werden, wenn sie Geld brauchen. Auch in Russland wird wohl ein Dienst des anderen wert sein. Und wer materiell abhängig ist, wird der moralischen Unabhängigkeit nicht entgegen. Von einer Autonomie kann da natürlich keine Rede sein. Geht nun den Fall, daß sich die russischen Gewerkschaften dem IGB anschließen: würde dies dann nicht bedeuten, daß der russische Staatsfiskus auch für die finanziellen Verpflichtungen gegenüber der Arbeiterdemokratischen Internationale in Anspruch genommen wird? Mit der Annahme dieser Gelder aber würde der IGB mit den elementarsten Grundgedanken der modernen Gewerkschaftsbewegung in schärfster Widerspruch geraten.

Auf den zweiten Punkt meinte Losowsky, aus Feingefühl und um der Sache nicht zu schaden, lieber gar nicht eingehen zu sollen. Diese zarte Rücksichtnahme auf die Einheitsfront hätte er sich aber billig sparen können. Dieses Opfer auf Kosten der Klarheit war recht überflüssig, denn Losowsky hatte ja schon das erste Mal, als er sich in der „Friede“ mit seinem Artikel beschäftigte, den zweiten Punkt sehr ausführlich behandelt und bei dieser Gelegenheit erklärt, daß es die in der kommunistischen Partei sind, die Zellen bauen und bauen werden und daß weder die RGA, noch die kommunistischen Parteien den Sowjetgewerkschaften untergeordnet sind. Das heute etwas nicht gesagt werden kann, was damals wohl gesagt werden konnte, ist natürlich eine alberne Ausflucht; als ob die oben angebaute Abhängigkeit der russischen Gewerkschaften von der kommunistischen Partei die ersten nicht nötigte, die Befehle der Partei auszuführen, die Zellen baut und bauen wird und bauen läßt, wenn es ihr beliebt.

Der dritte Punkt, betreffend den Kampf für die Sozialgesetzgebung, wird von Losowsky überhaupt übergangen, während er beim vierten Punkte einige Späße über die Abrüstung zum Besten gibt und die Sache so darstellt, als ob der IGB diesen Kampf ausschließlich in der Abrüstungskommission des Völkerbundes führen würde, um schließlich auszurufen: „Die Rote Armee, das ist unsere Armee, wir haben sie gemeinsam mit der Arbeiterklasse ganz Russlands geschaffen; wir unterstützen sie und werden sie weiter unterstützen.“ Damit wird also gesagt, daß die russischen Gewerkschaften den nationalen Kampf für die Abrüstung nicht führen werden, solange Losowsky noch etwas zu sagen hat.

Aus dieser Darstellung erhellt wohl die Richtigkeit der zu Anfang dieses Artikels ausgesprochenen Schlussfolgerung, daß Losowsky gegen den Anschluß der Gewerkschaften an das IGB, auf der Basis der Wiener Resolution ist, sich aber andererseits, der Logik der Einheitsfronttaktik der letzten Zeit zuliebe danor hütet, dies öffentlich auszusprechen.

Die Resolution des Wiener Kongresses läßt jedoch an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Der IGB hat seinen Standpunkt darin klar und unumwunden dargelegt und es ist nunmehr an den Russen, uns in bezug auf ihren Standpunkt reinen Wein einzuschütten.

Beschlüsse unserer Internationalen Exekutiven.

Wie bereits in Nr. 7 des „Vorwärts“ berichtet wurde, wurde auf Anregung des IGB, am 3. und 4. Januar in Brüssel eine gemeinsame Sitzung der Exekutiven des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Sozialistischen Arbeiterinternationale abgehalten. Die Sitzung, an der vom IGB die Genossen Mertens, Grafmann, Dubegeest und Sassenbach teilnahmen, hat folgende Entschlüsse gefaßt:

I. Der Achtfundentag.

Die Bureaus des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Sozialistischen Arbeiterinternationale haben in ihrer gemeinsamen Sitzung in Brüssel am 3. Januar 1925 die Frage untersucht, welche gemeinsamen Maßnahmen ergriffen werden können, damit alle Staaten und besonders die großen Industriestaaten so rasch als möglich alle von den Internationalen Arbeitskonferenzen angenommenen

Übereinkommen und vor allem das Achtfundentagsübereinkommen von Washington ratifizieren.

Die Bureaus sind der Ansicht, daß eine baldige und zufriedenstellende Regelung in dieser Frage im Interesse der Arbeiterklasse im besonderen und der Gesamtheit der Nationen im allgemeinen ist.

In Ermägung, daß die Vorbereitung der Feier des 1. Mai 1925, auf deren Tagesordnung in erster Linie die Forderung nach der Ratifikation des Achtfundentagsübereinkommens stehen soll, durch Erörterungen dieser Forderung in den Parlamenten wirksam unterstützt werden kann;

beschließen die Bureaus, daß, sobald die französische Kammer das Washingtoner Übereinkommen ratifiziert haben wird und spätestens in der ersten Hälfte April die Parliamentsfraktionen aller sozialistischen Parteien eine Interpellation zu diesem Gegenstand einbringen sollen.

II. Die Nachtarbeit in den Bäckereien.

Die Bureaus des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Sozialistischen Arbeiterinternationale haben in ihrer gemeinsamen Sitzung in Brüssel am 3. Januar 1925 die Frage der Beseitigung der Nachtarbeit in Bäckereien im Zusammenhang mit dem Entwurf eines internationalen Übereinkommens geprüft, der zu diesem Gegenstand bei der VI. Internationalen Arbeitskonferenz in erster Besung angenommen wurde.

Die beiden internationalen Bureaus erklären ihre vollkommene Zustimmung zu den Grundzügen des Entwurfes, der einer berechtigten Forderung der Bäckerarbeiter entspricht.

Die Bureaus wenden sich mit Nachdruck an die sozialistische Arbeiterpresse, damit diese sofort mit größter Energie die Propaganda zugunsten des Übereinkommens aufnehmen.

Die Bureaus beschließen ferner, daß in jedem Bunde die politische und gewerkschaftliche Bewegung sich ins Einvernehmen setzen sollen, damit auf der VII. Internationalen Arbeitskonferenz, die im Mai in Genf beginnt, das Übereinkommen in zweiter Besung angenommen und seine Ratifikation für den in Aussicht genommenen Zeitpunkt, das ist der 1. Januar 1927, gesichert werde.

III. Das Genfer Protokoll.

Bei der Abstimmung über diese Entschlüsse enthält sich die Delegation der englischen Labour-Party der Stimme, um zunächst mit ihrer Organisation Rücksprache zu nehmen. Im übrigen wurden die Entschlüsse einstimmig angenommen.

Ohne sich über die Unvollkommenheit des Genfer Protokolls zu äußern, stellt die gemeinsame Sitzung der beiden Internationalen fest, daß das Protokoll einen wesentlichen Fortschritt für die Sache des Weltfriedens darstellt, daß, wenn das Genfer Protokoll nicht ratifiziert würde und die Abrüstungskonferenz nicht zustande käme, die Nationen ihre Sicherheit in besonderen Garantieverträgen suchen und damit zu einem System einander entgegenstehender Allianzen zurückkehren würden, was die Kriegsgefahr in der Welt steigern würde.

Sie beschließen daher, daß es die Pflicht der gesamten Arbeiterbewegung in allen Ländern ist, ihre Bemühungen darauf zu richten, daß die Ratifikation des Genfer Friedensprotokolls gesichert und die in diesem Protokoll vorgesehene Abrüstungskonferenz so rasch als möglich einberufen werde.

Die Christlichen antworten.

Duisburg, 8. Januar. (Gca.) Zur Arbeitszeitfrage in der Schwerindustrie sandte der Christliche Metallarbeiterverband Duisburg am 8. Januar folgendes Telegramm an den Reichsminister Dr. Marx: „Die Verbandsvertreter der Christlichen Metallarbeiterverbände zu Duisburg, aus allen Bezirken der Schwerindustrie beauftragt, fühlt sich verpflichtet, den Herrn Reichsminister auf die starke Beunruhigung hinzuweisen, welche das Vorgehen der Arbeitgeber der Schwerindustrie gegen die gesetzliche Wiedereinführung der dreigeteilten Schicht für die Arbeiter der Hochöfen, Koksereien und Dehnungsanlagen verursacht. Die Logung erhebt entschieden Einspruch gegen den Vorstoß des Arbeitgeberverbandes Nordwest, welcher sich gegen den Herrn Reichsarbeitsminister wendet und bittet die Reichsregierung erneut, den bezeichneten Arbeitern den gesetzlichen Schutz nicht länger vorzuenthalten, den § 7 der Arbeitszeitverordnung zuläßt.“

Kommende Kämpfe in der chemischen Industrie. Die Arbeiterschaft rüstet sich.

Dem Fabrikarbeiterverband wird ausgeschrieben: Der Stundenlohn des Vorkarbeiters der chemischen Industrie beträgt zur Zeit in Berlin 56 Pf. pro Stunde und bleibt damit wesentlich hinter den Stundenlohn der übrigen Industrien und dem Existenzminimum zurück. Unter Würdigung dieser Umstände hatte das Chemikerkartell durch den Fabrikarbeiterverband die gewöhnliche Forderung einer Erhöhung des Stundenlohnes auf 70 Pf. gestellt. Daneben wurde Erhöhung der Soziallöhne, Schmutzulagen usw. gefordert.

Bei den Verhandlungen wurde von den Unternehmern anerkannt, daß das Berliner Lohnniveau höher ist als die Löhne, die die chemische Industrie zurzeit zahlt. Lohnerhöhungen wurden jedoch mit dem üblichen Hinweis auf Exportschwierigkeiten, angeblich hohe soziale und steuerliche Belastung, geringen Verdienst usw. abgelehnt. Dem Hinweis der Arbeitnehmer, daß alle Betriebe in der Lage wären, trotz der angeblich schlechten Verdienste der Industrie, ihre Substanz zu vermindern, versuchten die Unternehmer mit der angeblich höheren Lohnquote als vor dem Kriege zu begegnen.

Bei den Lohnverhandlungen wurde von den Arbeitnehmern geltend gemacht, wie notwendig gerade in der chemischen Industrie mit ihren mannigfaltigen Gefahren und mangelhaften Schutz für Leben und Gesundheit der Arbeiter ausreichende Entlohnung ist. Ebenso wurden die vielen Schikanen, denen die Betriebsräte in der chemischen Industrie in der letzten Zeit ausgesetzt sind, erwähnt. Die Unternehmer muhten sich die Beschwerden anhören, ohne etwas Sichhaltendes darauf erwidern zu können.

Bei der Starrköpfigkeit der Unternehmer ist nicht damit zu rechnen, daß vor den tariflich vorgesehene Schlichtungsinstanzen irgendwelche Zugeständnisse erreicht werden. Andererseits werden und müssen die Organisationen einen Tarifabschluß mit so geringen Löhnen ablehnen. Die Arbeiterschaft wird sich also im Kampfe höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen holen müssen. Jedenfalls sind mit Sicherheit größere Arbeitsentlohnungen in der chemischen Industrie zu erwarten.

Das Bestreben der Unternehmer ist — das hat sich klar bei den Verhandlungen gezeigt —, die Arbeiterschaft der chemischen Industrie auf die Lebenshaltung chinesischer Kulis herabzudrücken. Darum,

Arbeiter der chemischen Industrie, rüstet zum Kampf, stärkt eure Organisation, halt jeden Unorganisierten heroor! Es muß diesen klar gemacht werden, daß die Unternehmer sich auf die Unorganisierten stützen, und daß diese, wenn sie nicht zum eigenen Schaden ein Hemmnis bei Erriingung höherer Löhne sein und sich nicht schützens den Chemiegewaltigen preisgeben wollen, restlos und schnellstens dem Verband beitreten müssen.

Georg Döhnel

Am 6. Januar starb in Leipzig Genosse Georg Döhnel, Vorstandsmitglied des Zentralverbandes der Angestellten. Döhnel war am 27. April 1871 in Pürschwitz bei Bauhen geboren. Nach vollendeter Lehrzeit ging er auf einige Jahre nach München und Wien. Nach seiner Rückkehr in die Heimat widmete er sich der Gewerkschaftsbewegung und der politischen Bewegung; er gehörte einige Zeit dem Vorstand des ehemaligen sechsten händischen Reichstagswahlkreises an. 1895 bis 1897 war er Vorsitzender des Gewerkschaftskartells im Blauen Grund. Er brachte der Genossenschaftsbewegung großes Interesse entgegen und wurde im März 1898 Hauptlagerverwalter des Konsumvereins Ratschappel. Er schloß sich darauf dem Lagerhalterverband an, dessen Sekretär er im Jahre 1902 wurde. Dann siedelte Döhnel nach Weimar über und hat von hieraus eine erfolgreiche gewerkschaftliche Wirksamkeit für die Lagerhalter der Deutschen Konsumvereine ausgeübt. Im Jahre 1909 war er Landeslandrat im 12. händischen Wahlkreis. Im Jahre 1912 ging der Verband der Lagerhalter in den heutigen Zentralverband der Angestellten auf. Diese Verschmelzung half Döhnel herbeiführen. Er wurde nunmehr Vorstandsmitglied des Zentralverbandes der Angestellten und siedelte nach Berlin über. Die Angestellten verließen in dem Bestreben einen vorbildlichen Führer und die, die mit ihm zusammen gearbeitet haben, einen braven Kollegen und treuen Freund.

Konflikt im Kohlenegroßhandel.

Die Forderungen der Arbeitnehmer im Kohlenegroßhandel auf eine Erhöhung der Löhne um 15 Proz. sind von den Unternehmern abgelehnt worden, ohne daß auch nur das geringste Gegenangebot gemacht wurde. Ein nachmaliges Eingreifen des Verkehrsverbandes verlief ebenso resultatlos. Der Schlichtungsausschuß hat mit Rücksicht auf die Dringlichkeit des Konflikts Einigungsverhandlungen bereits am Sonnabend sechsteigt.

Für die Forderungen der Kohlenhändler hat man offenbar mehr Interesse als für die Lohnforderungen der Arbeiter. Der Reichskohleamt ist nämlich zum 9. Januar zu einer Sitzung zusammenberufen, in der eine Anzahl Anträge auf Erhöhung der Kohlenpreise, die von den Kohlenhändlern gestellt wurden, beraten werden sollen. Kohlenpreiserhöhungen bei den Sandkollektoren werden natürlich nicht ohne Rückwirkung auf die Kohlenpreise des Groß- und Kleinhandels. Die Unternehmer verstehen es ausgezeichnet, ihre Gewinne fortlaufend zu erhöhen; den Arbeitern aber wird jede Forderung abgelehnt. Soll es im Kohlenhandel auch so kommen wie bei der Milchvermittlung, wo die Preise auch fortgesetzt erhöht wurden, bis sie schließlich die Bevölkerung nicht mehr bezahlen konnte?

Neue Löhne im Fuhrgewerbe.

Für die Arbeitnehmer des Schwer- und Leichtfuhrerwerkes sind zwischen der Fuhrvereinigung zu Berlin und dem Deutschen Verkehrsband die Löhne vom 3. Januar ab neu vereinbart worden. Die Lohnsätze bewegen sich zwischen 33 und 43 Mark für das Fuhrpersonal; die Löhne der Stalleute sind entsprechend diesen Sätzen erhöht. Das Lohnabkommen ist unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches beim Deutschen Verkehrsband, Engelauer 24/25, Zimmer 3 oder 32, erhältlich.

Neue Löhne der Handelshilfsarbeiter.

Für die Handelshilfsarbeiter des Einzelhandels ist am 3. Januar ein neuer Lohnsatz durch direkte Verhandlungen mit den Arbeitgebern zustande gekommen. Die Löhne betragen für die über 22 Jahre alten Arbeiter 33 bis 36 M. pro Woche. Für die weiblichen über 22 Jahre 22 bis 25 M. Der Lohnsatz hat Geltung bis zum 17. März 1925.

Tarife können gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches im Bureau des Deutschen Verkehrsbandes, Engelauer 24/25, Zimmer 32, abgeholt werden.

Schwerer Konflikt in Rheinland-Westfalen.

Dortmund, 8. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch fanden vor dem Schlichter in Dortmund die Verhandlungen über ein neues Lohnabkommen für die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerte Rheinland-Westfalens statt. Das Tarifgebiet umfaßt 76 Gemeinden mit rund 10 000 Arbeitern und erstreckt sich von Bonn bis Siegen bzw. Dombühl bis Kettling. Die Gewerkschaften halten eine Lohnerhöhung von 20 Proz. gefordert. Sie begründen diese Forderung besonders damit, daß der Reallohn gegenüber dem Vorkriegsstand keineswegs erreicht sei und in ähnlichen Betrieben in anderen Gegenden des Reiches, so in Berlin, Hamburg, Nürnberg, Frankfurt, Mannheim, bereits Löhne bis zu 85 Pf. die Stunde bezahlt werden, während der Spitzenlohn des rheinisch-westfälischen Tarifgebietes nur 70 Pf. beträgt. Nach mehrstündigen Verhandlungen mit den Arbeitgebern fällt der Schlichter jedoch einen Schiedspruch, der das bisherige Lohnabkommen bis auf weiteres wieder in Kraft setzt. Die an dem Tarifvertrag beteiligten sechs Gewerkschaften haben den Schiedspruch einstimmig abgelehnt. Die Gewerkschaften erklären, daß sie sich einem Antrag auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches mit aller Entschiedenheit widerlegen werden. Es droht somit in Rheinland-Westfalen ein gefährlicher Konflikt in den lebenswichtigen Betrieben der Städte und Gemeinden.

Die kaufmännischen und technischen Angestellten des Ruhrbergbaus haben nach Ablehnung der Forderungen die Durchführung des Schlichtungsverfahrens beim Schlichter für Westfalen beantragt. Die Verhandlungen finden am 12. Januar statt.

Better für Berlin und Umgegend. Müd, zunächst Aufbesserung, später wieder Erhöhung.

Reminoritätlich für Soldat: Ernst Reuter; Wirtschaftl. i. S. S. Steiner; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Realitäten: A. S. Döhner; Lohndienste und Sonstiges: Reichsarchiv; Anzeigen: E. Giedt; Amtlich in Berlin: Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin, Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Betriebsamt Paul Sauer u. Co., Berlin G. m. b. H. Einbanddruck: A. Siegel u. Söhne und Unterhaltung und Wissen.

Der große Inventur-Ausverkauf geht weiter!

zu den
erstaunlich billigen Preisen!

Hosen Mk. 5.⁵⁰

Anzüge Mk. 36.-

Mäntel Mk. 38.-

S. LEVY, Charlottenburg, Scharrenstraße 36 Ecke Wilmersdorfer Straße 164

Herren-Kleidung von S. LEVY ist richtig!

Autokatastrophe am Lühow-Ufer.

Ein Wagen der Linie 1 umgestürzt. — Ueber 20 Schwer- und Leichtverletzte.

Eine schwere Autobuskatastrophe ereignete sich gestern abend um 1/7 Uhr am Lühow-Ufer, fast an derselben Stelle, an der im vorigen Jahre — am 8. April — ein ähnlicher Unfall stattfand. Während aber im vergangenen Jahre bei dem Umsturz eines Autobusses der Linie E nur 5 Verletzte zu beklagen waren, forderte der gestrige Unfall wahrscheinlich mehr als viermal so viele Opfer. Auch gestern abend wurde ein Autobus der Linie 1 (Zeughaus-Hafensee) von einem Privatwago angefahren, sprang auf der Bürgersteig und stürzte um. Leider war der Wagen ungeheuerlich überfüllt. Soweit sich bisher übersehen läßt, sind von den Fahrgästen mindestens 20 verletzt, 5 davon schwer. Die Feststellung der genauen Zahl der Verunglückten wird dadurch erschwert, daß eine Anzahl leichter Verletzte alsbald von vorüberfahrenden Privatwagos nach ihren Wohnungen gebracht wurde. Im einzelnen erfahren wir über den Hergang des Unglücks folgendes:

Wie das Unglück geschah.

Ein Autobus der Linie 1, die bekanntlich immer stark von Bewohnern der Kurfürstendammgegend und des alten Berliner Westens zur Fahrt nach und von dem Stadtkernern benutzt wird, hatte gestern abend auf dem Wege von der Potsdamer Brücke zum Lühowplatz am Ufer entlang gerade die Kreuzung an der Magdeburger Straße passiert und näherte sich in schneller Fahrt der Ecke an der Genthiner Straße, als er von einem Personewago Nr. IA 4242, das sich in gleicher Fahrtrichtung bewegte, vorwärtsmäßig auf der linken Seite überholt wurde. Nach der Aussage des Autobusführers schenkte dieses Auto unmittelbar vor dem Omnibus so scharf auf die rechte Fahrseite des Ufers ein, daß es mit seinen Hinterrädern gegen das linke Vorderrad des Autobusses fuhr. Durch den Anprall wurden die Vorderräder des schnellfahrenden Omnibusses, ehe der Führer es hindern konnte, scharf nach rechts gedreht, so daß der schwere Wagen in voller Fahrt auf den Bürgersteig auf fuhr, der den Fahrdamm von der Kanalböschung trennt. In einem Winkel von ungefähr 30 Grad schob der große Wagen auf die Bordschwelle hinaus und streifte mit dem Vorderteil der Karosserie noch einen Baum. In dem Augenblick, als das rechte Hinterrad die Bordschwelle hinauffaßte, drehte sich der Autobus in einem Winkel von fast 90 Grad. Durch diese Veränderung des Trägheitsmomentes erfolgte auch die Katastrophe. Der Omnibus bekam rechtsseitig starkes Ubergewicht und stürzte glücklicherweise noch in dem Augenblick um, ehe die Vorderräder über das niedrige Schutzgitter hinwegrauten. Hätte der Chauffeur nicht noch im letzten Augenblick die Geistesgegenwart gehabt, Hand- und Fußbremse anzuziehen, so daß der Wagen mehr rutschte, als daß er fuhr, wäre das Gefährliche über die stark abschüssige schmale Kanalböschung hinweg in den Kanal gestürzt. In diesem Fall wäre das Unglück natürlich noch viel furchtbarer geworden. Auf dem Verdeck des Omnibusses befand sich im Augenblick des Unfalles gerade der Schaffner und zwei Angehörige der Sowjet-Botschaft, die sich auf dem Heimwege befanden. Alle drei wurden in hohem Bogen auf den Bürgersteig geschleudert, doch kamen sie mit Autonomie des einen Kusses, der durch Glasplitter am rechten Auge verletzt ist, glücklicherweise mit nicht allzu schweren Verletzungen davon. Der Chauffeur Neumann blieb wunderbarerweise unverletzt, obwohl sich ein Haufen von Scherben über ihm ergoß. Er hat lediglich eine kleine Schnittwunde an der Hand davongetragen.

Nach dem Unfall

herrschte eine Sekunde Stille. Dann aber gellten die Hilferufe der Anfallenen über die Straße. Die Panik, die beinahe augenblicklich entstand, wurde noch dadurch vergrößert, daß das elektrische Licht im Innern des Wagens erlosch. So konnten die Helfer, die von allen Seiten hinzueilten, nur mit großer Mühe die infolge ihrer Verletzungen und des Schreies gänzlich verwirrten Passagiere des Unglücks-wagens nur unter großen Schwierigkeiten bergen. Der Chauffeur Neumann hatte die Geistesgegenwart einige Sekunden, nachdem der Wagen umgekippt war, die Zündung des Motors abzustellen und so zu verhindern, daß aus dem Bergeloh sich Benzin auf den erbeiten-

den Motor ergoß, was sehr leicht zu einer Explosion hätte führen können. Es war ferner ein Glücksfall, daß in dem Augenblick, als die Katastrophe eintrat, ein Pferdewagen vorüberkam, das Bretter und Stangen geladen hatte. Der Kutscher schlug damit die Eingangstür des Autobus, die sich verklemmt hatte, los, stieß auch vom Chauffeursitz aus die große Glasscheibe durch, und so war es möglich, in das Innere des Autobusses hineinzukommen, wo die Verletzten jammernd und schreiend übereinanderlagen. In der allgemeinen Berwirrung, die herrschte, vergaß man die Feuerwehre zu alarmieren und erst 20 Minuten nach dem Unfall trafen die Rettungswagen der Wehre sowie die des Rettungsamtes ein. Inzwischen hatten sich jedoch die Inhaber von Privatwagos und Droschkenautos zur Verfügung gestellt, die die Verletzten nach dem Elisabeth-Krankenhaus transportierten. Die Polizei, die von dem nahegelegenen Revier 33 in der Genthiner Straße herankam, sperrte sofort das Lühowufer ab, um die Untersuchung über die Ursachen des Unfalles nicht erschweren zu lassen. Der Chauffeur Neumann sowie der Inhaber des Privatwagos, ein Dr. Silbergleit, der aus dem Königl. Laboratorium kam, wurden zur Feststellung ihrer Personien und zur ersten Vernehmung nach dem Revier 33 gebracht. Dertin wurde auch das Auto des Tages gesteuert, das den Zusammenstoß verschuldet haben soll.

An der Unfallstelle.

Die Unfallstelle, die fast genau gegenüber der Genthiner Straße liegt, war von hunderten von Zuschauern umlagert, so daß ein größeres Polizeiaufgebot herangezogen werden mußte, um die Untersuchung und die Aufräumungsarbeiten nicht zu stören. In dem tiefen Dunkel, das an der rechten Straßenseite gerade an dieser Stelle herrscht, liegt der mächtige Omnibus. Man sieht auf dem Fahrdamm deutlich die Spur des Wagens, die sich infolge des scharfen Bremsens auf dem Asphalt klar abzeichnet. Der Wagen ist etwa 60 Zentimeter von der Bordschwelle entfernt bis etwa 10 Meter vor der Genthiner Straße gefahren. Dem erkennt man deutlich einen Knick und auf etwa 3 Meter Länge nähert sich nun die linke Fahrbahn der Bordschwelle, die an dieser Stelle etwa 20 Zentimeter hoch ist. Der sanfte Knick der Fahrbahn läßt die Auslage des Chauffeurs Neumann, er sei von einem Privatwago gerammt worden, so daß ihm das Steuerrad aus der Hand presste, und der Autobus ganz plötzlich auf den Bürgersteig gefahren sei, nicht allzu glaubwürdig erscheinen. Der Wagen liegt im Winkel von 90 Grad zum Fahrdamm auf dem Bürgersteig. Das Innere ist bedeckt von Scherben, zwischen denen große Blutlachen stehen. Die Lederseile sind dagegen fast gar nicht beschädigt, wie auch die Holzverkleidung keine allzu großen Schäden aufweist. Die Karosserie hat den Sturz gut vertragen, während die Scheiben natürlich ohne Ausnahme in Trümmern gingen. Der Chauffeursitz, das Steuerrad mit der Steuerkappe, ebenso wie die Fußbremse und die Kupplung sind vollkommen unverletzt und ebenso zeigt sich das Gehäuse der Steuerung zwischen den Vorderrädern ohne Fehler. Im Wagen liegen einige Handtaschen, Taschentücher und Kleingeldstücke, die bei dem Sturz den Fahrdamm aus der Tasche gefallen sind. Kurz nach 8 Uhr kam Oberingenieur Schmid von der WVA, mit einem Rettungswagen und einem Stab von Technikern an, um den Wagen aufzurichten und abzutransportieren. Bei dem ungeheuren Gewicht des Wagens, das mehr als 100 Zentner beträgt, war es notwendig, die Karosserie vom Unterbau abzuhängen, um dann erst durch Binden den Wagen wieder vorsichtig aufzurichten. Bei Taglicht sah sich diese Tätigkeit bis in die frühen Abendstunden hin.

Die Schuldfrage.

Die Untersuchung über die Ursachen des Unglücks dürfte sich in diesem Falle ziemlich langwierig gestalten, da zunächst durchaus keine Klarheit darüber besteht, ob der Autobus wirklich von dem Kraftwago des Dr. Silbergleit angefahren worden ist. Augenzeugen behaupten zwar, sie hätten gesehen, daß der Personewago mit dem rechten Vorderrad die Radkappe des Autobusses gestreift hätte und das infolge dessen der Autobus herangezogen und auf den Bürgersteig gestoßen wäre, doch stellen andere Augenzeugen den Vorfall in

durchaus abweichender Weise dar. Danach wollte der Privatwago 4242 den Autobus kurz vor der Kreuzung der Genthiner Straße überholen. In diesem Augenblick sei aus der Genthiner Straße ein Privatwago herangefahren, der in das Lühowufer einbog. Dr. Silbergleit habe, um einen Zusammenstoß zu vermeiden, seinen eigenen Wagen scharf nach rechts genommen und sei dadurch hart an den Autobus herangekommen. Der Führer des Omnibusses habe nun seinerseits, um nicht von Dr. Silbergleit gerammt zu werden, die Bordschwelle stark angesteuert und sei wohl

infolge der Dunkelheit

mit dem rechten Vorderrad an die Bordschwelle gestoßen. Durch diesen Anprall erst sei der Autobus, da nun die Steuerung ganz scharf nach rechts einschlug, herumgerissen worden und über die Bordschwelle hinweg bis an das Eisengitter der Böschung gestoßen. Auf dem Polizeirevier 33 gab Dr. Silbergleit, ebenso wie sein Chauffeur Kloppe, eine Darstellung, die diese Auslagen zu bestätigen scheint. Dr. Silbergleit erklärte, daß er den Autobus überholt habe, ohne den schweren Wagen zu rammen. Als er etwa 2 Meter vor dem Autobus lag, habe er hinter sich einen Krach gehört und sei sofort an die Bordschwelle gefahren und habe angehalten. Als sein eigener Wagen zum Halten kam, habe der Autobus bereits umgelegen. Eine ähnliche Darstellung gab der Privatwago. Der Fahrer des Autobusses, Neumann, der seinen Führerschein seit 1912 besitzt und seit einem Vierteljahr auf der Linie 1 der WVA fährt, behauptet dagegen, daß das Privatauto ihn gerammt habe. Ob diese Angabe richtig ist, wird sich erst im Laufe des heutigen Tages feststellen lassen. Soweit sich auf dem dunklen Hof des Polizeireviere erkennen ließ, zeigte der Privatwago keinerlei Schrammen oder Abschürfungen, die unbedingt vorhanden sein müssen, wenn ein Zusammenstoß erfolgt ist.

Die Liste der Verletzten.

1. Frau Kasjewa, russische Botschaft, schwere Schädelverletzung.
2. Karl Etmond Coth, Wohnung unbekannt, schwere Kontusionen.
3. Schaffner Adolf Schulz, Liebenwalder Str. 26, Kopfverletzung.
4. Fel. A. Hanz, Wichmannstr. 18, Unterarmverletzung.
5. Marie Wdomeith, Kaiserplatz 6, Unterarmverletzungen.
6. Margot Liedtke, Jenzendorf, Nervenschod.
7. Anneliese Stangenberg, Lühowstr. 63, Schlüsselbeinbruch.
8. Elise Darg, Halensee, Joachim-Friedrich-Str. 6, Nervenschod.
9. Karl Darg, holländische Str. 18, Kontusionen.
10. Luise Konrad, Blumenstr. 76, Nervenschod.
11. Sophie Göttke, Wilmersdorf, Johannisberger Str. 4, schwere Handgelenksfraktur.
12. Hans Kemp, Nürnberger Str. 4, schwere Kontusionen.
13. Stanislaus Koba, russische Botschaft, schwere Kopfwunde.
14. Johann Hähn, Steglitz, Dietrichstr. 6, Fußverletzung.
15. Günther Rogowski, Charlottenburg, Bleichstr. 15/16, Fußverletzung.
16. Walter Klein, Nürnberg Str. 5, Kontusionen.
17. Hedwig Fielich, Angsbürger Str. 2, Oberarmverletzung.
18. Dr. Hirtz, Mommenstr. 21, Rippenbruch.
19. Ernst Wiede, Tempelhof, Kaiserin-Augusta-Str. 3, Rippenbruch.
20. Elise Coth, Pariser Str. 33, Hüftverletzung.
21. Major Coth, Pariser Str. 33, Rippenverletzung.
22. Rudolf Schaper aus Amsterdam, wohnhaft Zentral-Hotel, Ambruch.
23. Herr Bülow aus Amsterdam, Unterischenfel-Struktur.
24. Herr von der Dreile, Karollinenplatz 3, Ambruch.
25. Alfred Hauptmann, Nettelbeckstr. 23, Kontusionen.
26. Mor. Jochen, Mommenstr. 44, Nervenschod.

Ein Zusammenstoß.

Ein Transportauto faßt die Köpenicker Straße entlang und will die Straßenbahnkreise, die die Straße kreuzen, überqueren. Da kommt die Straßenbahn; beide Führer sehen die Gefahr, bremsen, wollen halten. Sie halten, früh genug, um ein Unglück zu verhindern, jedoch zu spät, um einen Zusammenstoß zu vermeiden. Doch der ist nicht so schlimm, Straßenbahnwagen und Auto stehen — etwas geschrämmt zwar — doch sonst noch betriebsfähig auf den Rädern...

Tief holt der Autolenker Luft, um den Mann auf der Plattform mit den bei solchen Gelegenheiten üblichen Kosenamen zu be-

Der Mittelweg.

Von Sir Philip Gibbs.

50.

„Ich gehe auf ein paar Tage nach Petersburg,“ sagte Christy denselben Abend. „Kommen Sie doch mit. Ihren Paß habe ich schon bei Weinstein erwirkt.“

Bertram war sofort dazu bereit. „Ich finde, hier vergeht man sein Goo. Es ist, als ob man dem Bestuntergang, dem Tode der Zivilisation beivohnte. Diese Menschen sind am Anfang der Existenz angelangt, wo nichts von Wichtigkeit ist, außer Obdach und Nahrung und die Rettung des eigenen Lebens. Das Dasein wird dadurch ebenso vereinfacht wie im Kriege.“

„Ein leichter Vereinfachungsprozeß,“ sagte Christy und sah zum Fenster ihres Zuges hinaus. „Noch ein solcher Krieg, noch eine solche Dürre, und halb Europa ist vom Erdboden hinweg vereinfacht.“

In Petersburg herrschte auffallende Ruhe. Tiefer Schnee lag auf den Straßen, die Rewa war gefroren. Bertram stand auf einer der Brücken und betrachtete das Bild der einst so prachtvollen Stadt, die jetzt wie ausgeföhren dasag.

Seltam und schrecklich mutete die Stille in den Straßen an. Kein Laut erlönte aus den großen Fabriken jenseits des Flusses. Kein Rauch stieg aus ihren Schornsteinen auf. Auf den Kais bewegte sich nichts, kein Mensch ging ab und zu.

Am Newski-Prospekt, einst, wie Bertram wachte, die luxuriöseste Geschäftsstraße Europas, waren die Läden mit Brettern zugemauert. Aber wenigstens sah man hier doch Menschen. Gegen die Kälte vermunmt, so gut es ging, zogen sie Handschlitzen über das verweiste, glatte Pflaster, und oft gingen Soldaten der Roten Armee nebenher, um die Schätze auf den Schlitten zu schützen. Denn da lagen Säcke mit Kartoffeln, Scheite Holz und geizrorenes Fleisch.

Diese Schlittensieher und Schneeschipper in den Petersburger Straßen unterschieden sich scharf von der Moskauer Bevölkerung. Man sah, sie gehörten der einstuigen guten Klasse an. Einige dieser Frauen, die vor den schweren Schlitten kochten, trugen Kostüme, die, als sie noch nicht zerrissen und besleckt waren, jeder Großstadt Ehre gemacht hätten. Und den Männern mit den Schneeschuhen in der Hand sah man es leicht an, daß sie einst hohe Stellungen innegehabt hatten. Der allgemeine Eindruck der Gesichter aber war hager, traurig und verängstigt.

„Die Stadt leidet Mangel an Lebensmitteln,“ erklärte Christy. „Moskau mit seinen vielen Beamten hat den ersten

Anspruch darauf. Die Menschen fürchteten, daß ihre nächste Mahlzeit ihre letzte sein wird.“

„Ich möchte mit ihnen sprechen,“ sagte Bertram aufgeregt. „Könnte ich doch nur ein bißchen Russisch!“

„Ist nicht nötig, versuchen Sie's nur auf Englisch, Deutsch oder Französisch. Die meisten dieser Schneeschipper haben die Saison in Paris, London oder Berlin verlebt!“

Außerhalb des Bahnhofes lehnte eine Frau an der Mauer. Sie hustete, ihr dünner Mantel schützte sie nicht gegen die eisige Kälte. Es war eine ältere Frau mit magerem Gesicht, aus dem die Backenknochen hervorstanden. Sie hatte ein paar Zigaretten zum Verkauf in der Hand. Bertram forderte auf Französisch zehn Zigaretten und überzahlte sie zehnmal.

„Sie haben mir zuviel gegeben,“ sagte sie mit schwacher Stimme. „Ich habe kein Wechselgeld.“

Ihr Französisch war reiner als Bertrams.

„Lassen Sie nur,“ sagte er. „Es ist zu kalt hier für Sie.“

„Ich werde bald tot sein. Sind Sie Franzose?“

„Nein, Engländer.“

Sie starrte ihn verwundert an. „Ich war früher Erziehlerin in England.“

„Und während der Revolution haben Sie hier gelebt?“

„Seit Kriegsbeginn. Mein Mann wurde erschossen, als Kerenski ging. Er war Offizier, und seine Soldaten haben ihn getötet.“

„Sind Sie allein?“

„Ich habe einen kleinen Sohn. Er stirbt vor Hunger. Oft habe ich schon daran gedacht, ihn zu töten, hatte aber doch nicht den Mut.“

„Dies ist schrecklich. Wie kann ich Ihnen helfen?“

„Weshalb sollten Sie gerade mir helfen?“ fragte sie scharf. „Was bin ich Ihnen? Ich bin nur eine unter Millionen, die jeht in Rußland verhungern.“

Er gab ihr ein Bündel Papiergeld, und sie starrte es an und hielt einen schwachen Schrei aus.

Bertram nahm den Hut ab und ging weiter.

„Es ist alles nutzlos,“ sagte Christy. „Ich hab damals auch so angefangen hab's aber bald aufgegeben. Wieviel haben Sie ihr geschenkt?“

„500 000 Rubel. Das wird ihr doch ein bißchen weiterhelfen?“

Christy zuckte die Achseln. „In dieser Stadt bezahlt man 120 000 Rubel für ein Pfund Tee und 80 000 Rubel für ein Pfund Brot. Was kann unsere Privatwohntätigkeit dabei tun? Es ist alles umsonst, Major. Sie hat ja recht, es gibt Millionen gleich ihr. Wir können Besseres tun. Unsere

Arbeit ist, die Wahrheit über den Todeskampf dieser Menschen zu verbreiten, so daß die Außenwelt in großem Maße helfen möge. Das Gewissen unserer Philantropen aufzustacheln, die ohne zu helfen vorübergehen, während Rußland blutend im Graben liegt.“

Er führte Bertram dann in das Flüchtlingslager der Berhungerrnden aus den Wolgadisstritten.

„Erinnern Sie sich noch an die Leute, die wir in der Station liegen haben? Dies ist für so manche von ihnen das Ende der Reise. Es soll sehr wertvoll sein.“

Es hieß ein Lager, aber die Flüchtlinge dieses Lagers waren in der alten kaiserlichen Kaserne untergebracht. Es war „sehr wertvoll“, aber kein angenehmes Schauspiel. Draußen herrschte eisige Kälte, drinnen war keine andere Wärme als die der dicht zusammengedrängten menschlichen Körper, die auf den nackten Brettern lagen. Da waren Tausende von blondhäutigen, blauäugigen Bauern aus Samara und Saratoff mit ihren Weibern und Kindern, die dort herumkauerten oder schlafend in Haufen übereinander lagen. Es wurde gerade die Suppe und das Stück lauren Schwarzbrot ausgeteilt, aber nicht alle stellten sich in Reihe und Glied, um ihre Nöpfe hinzustellen. Viele lagen auf dem Fußboden und warfen die Köpfe unablässig zur Seite oder verbielten sich ganz still, mit verglasteten Augen geradeaus starrend.

„Typhus — Dysenterie — Schwäche,“ sagte Christy, nachdem er mit dem russischen Arzt ein paar Worte in deutscher Sprache gewechselt hatte.

Der Doktor war ein schwarzbärtiger Mann im weißen Operationsrock. Er hatte ernste, nachdenkliche Augen hinter seinen großen Brillengläsern. „Wir tun, was wir nur können,“ sagte er auf Deutsch. „Aber die Nahrung ist nicht ausreichend, und es gibt keine Arzneien, keine Seife, keine Wäsche zum Wechseln, keine Heizung. Die Krankheit nimmt zu. Aber wir tun unser Möglichstes!“

Als er mit Bertram und Christy über den Kasernenhof ging, stieß er eine Holzür auf und winkte ihnen hineinzuweichen. Drinnen lag ein hoher Haufen von Toten, Männer, Frauen, Kinder durcheinander, mit braunen, klauenartigen Händen, die aus der Masse von Leibern herausragten, mit unwidert starrenden Gesichtern, und hier und da sahen nackte Glieder in all ihrer Abgezeihtheit hervor. Sie waren aneinandergehäuft wie Schutt auf dem Schutthaufen.

„Seit zwei Tagen tot,“ sagte der Arzt.

„Das Ende der Reise,“ flüsterte Christy.

Bertram mußte sich übergeben. Der Totengestank war schlimmer als auf dem Schlachtfeld.

(Fortsetzung folgt.)

legen. Auch der ist nicht müßig: „Donnerwetter...“ da hält er inne, liest die Firmenbezeichnung des Autos und — fährt weiter. Auch den Chauffeur überkommt es wie Erleuchtung, er wirft den Motor an und — verschwindet, ohne ein Wort zu verlieren.

Über des Käufers Lösung?
Es waren beides Fahrzeuge der Großen Berliner Straßenbahn-Betriebsgesellschaft, die da ineinander geraten waren.

Potsdamer Schützenbrüder.

Erst großes Maul, dann will es keiner gewesen sein.

In einer Nacht gegen 1/2 Uhr bemerkte ein Polizeiwachmeister in der Bar des Restaurants „Börje“ zu Potsdam nach Betrieb. Der Beamte ging hinein und forderte die Personalisten der Gäste, die sich zum größten Teil aus Mitgliedern der Potsdamer deutschnationalen Schützengilde zusammensetzten. Unter den Gästen befand sich eine Dame, deren Mann, Goldschmiedemeister und Gemeindevorsteher von Rosow, Fritz Klose, gerade in einem Nebenraum verschwunden war. Der Beamte fragte, nachdem die Dame ihren Namen genannt: „Sind Sie verheiratet?“ Diese Frage nahmen die Gäste zum Anlaß, gegen den Polizeibeamten Stellung zu nehmen. Der Wirt des Lokals stürzte in den Nebenraum und rief: „Kensh, komm schnell, die Polizei belästigt deine Frau.“ Wie ein Wilder stürzte Klose auf den Beamten, packte ihn am Arm und schrie: „Severing (folgt Kraftausdruck) hat nichts mehr zu sagen, die Rechtregierung kommt jetzt dran.“ Er beschimpfte den Beamten, hielt ihn fest und dieser zog blank, gab mit der Waffe Klose ab, da er sich nicht mehr im Lokal allein durchsetzen vermochte. Klose mußte sich wegen Beleidigung des Ministers Severing, wegen Beleidigung und Widerstandes vor dem großen Potsdamer Schöffengericht verantworten. Die als Zeugen geladenen Gäste der Bar wollten durch die Frage des Beamten: „Sind Sie verheiratet?“ in große Erregung gekommen sein. Vorstehender: „Frau Klose, lassen Sie sich denn durch die Frage beleidigen?“ Zeugin: „Ja, das fand ich im höchsten Grade unschicklich, ich bin doch keine Dirne.“ Vorstehender: „Sie scheinen wohl sehr empfindlich zu sein.“ Der Angeklagte Klose bestritt, daß er den Kraftausdruck auf den Minister gebraucht habe. Dieser sei vielmehr von einem anderen Gast gefallen. Das Gericht beschloß, um recht gründlich diese Sache aufzuklären, sämtliche Gäste der Bar, die der Polizeibeamte in der fraglichen Nacht festgestellt hat, zum neuen Termin zu laden.

Die Berliner Kerkelkammer gegen die Kassenärzte.

Der Kampf der Berliner Kerkelkammer und deren sogenannter Hausärztliche Vertretung, der Kerkelkammer für die Provinz Brandenburg gegen die festangestellten Ärzte der Berliner Kassenambulatorien und des Berliner Kassenärztereins (S. K. A.) nimmt immer protestiertere Formen an. So hat sich der Herausgeber der Groß-Berliner Kerkelkorrespondenz, Sanitätsrat Dr. J. neuerdings folgendes im Kampfe gegen die Kassenambulatorien geäußert. Ein Ambulatoriumsarzt, Dr. Sch., der schon vor 1914 in Berlin anständig war, mußte zwecks einer Wohnungsumschreibung für das zukünftige Wohnungsamt eine Bescheinigung durch die Kerkelkammer beibringen. Dr. J. fragte den Herrn in seiner bekannten Manier, wo er wohnt sei, und als er wahrheitsgemäß erwiderte: „In einem Kassenambulatorium“, erklärte der Herr Sanitätsrat: „Dann haben wir nichts miteinander zu tun; Sie bekommen die Bescheinigung nicht.“ Einem Arzt, Dr. P., der Mitglied des Berliner Kassenärztereins ist und bei einem Apotheker im Norden seine Sprech- und Wohnräume hat, wurde auf Veranlassung der dortigen Ärzte durch seinen Vermieter die Wohnung gekündigt, da die umwohnenden Ärzte dem Apotheker erklärt hatten, sie würden im Weigerungsfalle die Apotheke boykottieren. In einem dritten Falle benutzte ein Dr. A. eine Bescheinigung von der Kerkelkammer, damit er für seine Verheiratung eine Wohnung zugewiesen erhalten. Dieser Arzt ist ein Gegner der Ambulatorien und hat auch keine Beziehung zum S. K. A. Dr. J. aber forderte ihn auf, einen Revers zu unterschreiben, daß er niemals in ein Ambulatorium eintreten bzw. Mitglied des Berliner Kassenärztereins werde. Der Herr lehnte diese Zustimmung mit der Begründung ab, für die Zukunft Verpflichtungen solcher Art nicht eingehen zu können. Die Ausstellung der gewünschten Bescheinigung wurde daraufhin verweigert! — Gegen diese Verweigerung der Kerkelkammer bezog den Mißbrauch vom Staat anerkannter Rechte ist durch die zuständigen Stellen Beschwerde beim Oberverwaltungsamt erhoben worden. Diese Tatsachen aber sind ein neuer Beitrag zur Ethik der Hüter der ärztlichen Moral.

Berliner Messeveranstaltungen 1925.

Nach den günstigen Ergebnissen der letzten Berliner Fachmessen und Ausstellungen trocknet die Berliner Messe, im Jahre 1925 folgende Fachmessen in seinen Hallen am Roserbaum zu veranstalten: Vom 8. bis 11. Februar Fachmesse der deutschen Bekleidungsindustrie unter Teilnahme von 26 führenden Verbänden der deutschen Bekleidungsindustrie. Zu gleicher Zeit findet die zweite Messe der Schuh- und Lederwirtschaft mit ihren Unterabteilungen Lederwaren- und Sattlerwarenmesse statt, an der sich wiederum maßgebende Firmen dieser Branche beteiligen werden. — Vom 1. bis 8. März 1925 im Hause der Kunst-Industrie die Allgemeine Deutsche Hygiene-Messe und Ausstellung 1925. — Vom 15. bis 19. März in der alten Automobilhalle die Reichs-Gastwirtschafts-Messe, offizielle Fachmesse für Restaurant-, Hotel- und Konditorenbetrieb. — Vom 4. bis 9. April Reichs-Restaurant-Messe, die zum erstenmal in großem Rahmen der ganzen deutschen Restauration Gelegenheit gibt, die wachsende Bedeutung der künstlerischen Kellerei dem großen Publikum zu zeigen. — Vom 4. bis 13. September die zweite große Ausstellung der Kunst-

Industrie. — Die ursprünglich für das Frühjahr festgesetzte Ausstellung der Kino- und Photoindustrie ist auf den Herbst verschoben worden. Sie findet vom 23. September bis 4. Oktober statt.

Jubiläen im Bezirk Charlottenburg.

Am 10. Januar blüht Genosse Hirsch, der Bürgermeister des Bezirks Charlottenburg, auf eine 25jährige kommunale Tätigkeit zurück. Ebenso lange ist der Stadtbaurat Winterstein im Dienst. In der letzten Bezirksversammlung hat der Vorsteher die Verdienste beider Männer hervorgehoben und dankte ihnen unter Zustimmung aller Mitglieder der Versammlung für ihre Tätigkeit im Interesse der Kommune. — In derselben Sitzung erfolgte die Wahl des Vorstehenden und des Schriftführers der Bezirksversammlung sowie deren Vertreter einstimmig durch Juro. Zum Vorsteher wurde Herr Dettleffsen (Dnat.) gewählt, zum Stellvertreter Genosse Dr. Borhardt und Genosse Richter zum Schriftführer. Die Beratung des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1925 wurde einem Ausschuss überlassen. Die Einnahmen sind von 7 Millionen im Jahre 1924 auf 8,5 Millionen im Jahre 1925 gestiegen. Die Ausgaben sind dagegen von 19,5 auf 31,7 Millionen, also um 62 Proz. gewachsen. Diese Steigerung ist in der Hauptsache auf die Erhöhung der Löhne und Gehälter zurückzuführen. Auch die Ausgaben für andere Positionen sind größer wie im Jahre 1924. Für Rubengebälter und Witwenpensionen sind 3 Millionen M. mehr ausgesetzt. Die Ausgaben für soziale Fürsorge sind um 2 Millionen gestiegen und die öffentliche Beleuchtung, Straßenreinigung und Baupflege erfordern zusammen eine Erhöhung der Ausgaben um 1 1/2 Millionen. Schließlich mußten die einmaligen Ausgaben zur Erhaltung der öffentlichen Gebäude und technischen Einrichtungen von 147 000 M. auf 1,4 Millionen M. erhöht werden. Diese Summe ist unbedingt erforderlich, um die Schäden einer zehnjährigen Vernachlässigung in der Pflege der Anlagen und Gebäude endlich beseitigen zu können. Zwischen dem Stadtbahnhöfen Zoo und Tiergarten soll endlich eine dringende notwendige bessere Verbindung durch Bau einer Straße geschaffen werden. Die auf Charlottenburg entfallenden Kosten betragen 320 000 M. Die Beratung dieser Vorlage wurde einem Ausschuss übertragen.

Eine nächtliche „Demonstration“.

Am 2. Juni 1924 ging der Kriminalkommissar Behmert mit 18 Herren von der Republikanischen Frontkämpfertruppe von einer Sitzung die Jerusalemstraße entlang bis zur Leipziger Straße und setzte dieser in Richtung zum Potsdamer Platz. Ein Polizeierstreife, Edele Warkaraffenstraße, forderte der Schuppelwachmeister Barth die Herren, die er auf etwa 50 Mann schätzte, auf, das Singen zu unterlassen und auseinanderzugehen. Obwohl dieser Aufforderung sofort nachgegeben wurde, glaubte sich der Polizeiwachmeister veranlaßt, Kommissar Behmert und noch einige Herren aufzufordern, mit zur Wache zu gehen. Jene, Angehörige des RFL, erboten sich mitzukommen, wurden gleichfalls zwangsgewaltig und als Beschuldigte auf der Polizeiwache behandelt. Auch einem unbeteiligten Jungen, der den Vorfall beobachtet hatte, widerfuhr das gleiche Schicksal. Erst als der Herr Einspruch eingelegt wurde, wurde er von der Wache der Beschuldigten getrennt und als Junge vorgemerkt. Gegen Kommissar Behmert und die anderen Herren erging Strafbescheid in Höhe von 20 M. Gegen dieses Strafmandat legte der Kommissar Einspruch ein. Gestern war vor der 141. Abt. der Einzelrichter Termin in dieser Sache. Obwohl die Angeklagten sich erboten, den Beweis dafür anzutreten, daß an der fraglichen Sitzung höchstens 20 Personen teilgenommen hätten, von denen achtzehn sich nach dem Potsdamer Platz begeben wollten, blieb der als Zeuge vernommene Wachmeister Barth, der sich auf seine „militärischen Fähigkeiten“ berief, dabei, daß es sich um 50 Personen handelte. Als Entlastungszeuge trat der Kaufmann Thol auf und bezeugte, daß es sich nicht um eine Demonstration handelte. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft beantragte, dem Strafmandat von 20 M. stattzugeben. Das Gericht kam aber zu einer Freisprechung der Angeklagten und führte in seiner Begründung an, daß man unendlich annehmen könne, daß nachts um 11 1/2 Uhr irgendeine Vereinigung eine Demonstration veranstaltet werde.

Ein Nordgeräch war gestern mittag im Noadit verbreitet. Es erwies sich aber als falsch. Auf dem Grundstück Stephanstr. 15 fand die Pförtnerin auf dem Hofe einen menschlichen Schädel. Sie glaubte an einen Nord, von dem sie vermutete, daß er auf dem anstehenden unbebauten Gelände verübt worden sei. (Süßig Lärm und rief die Polizei. Kriminalbeamte jagten einen Arzt zu Rate. Dieser stellte fest, daß der Schädel mindestens 10 Jahre unter der Erde gelegen haben mußte. Um ein neues Verbrechen kann es sich also durchaus nicht handeln. Wie aber der Schädel auf den Hof des Grundstücks gekommen ist, ließ sich noch nicht feststellen.

Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 9. Januar.
Außer dem üblichen Tagesprogramm:
4.30—6 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle).
6.40 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule. (Abteilung Bildungskurse). Handelskurse. Stadtrat Dr. Gordan: „Rechtsfragen des Alltags“. 5. Vortrag: „Angen auf! Kauf ist Kauf!“ 7 Uhr abends: Wago zum Wissen: „Ein Schiffbruch im Eismeer“. 7.30 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule. (Abteilung Bildungskurse). Medizinische Vorträge. Dr. Paul Meißner: „Hygiene des Hauses“. 8. Vortrag: „Hygiene im Verkehr“. 8.30 Uhr abends: Joseph-Haydn-Abend. Dirigent: Otto Ursak. 1. Militärsinfonie in G-Dur; a) Adagio-Allegro, b) Allegretto, c) Menuetto, d) Finale — Presto. 2. Andante aus der Glockensinfonie in D-Dur. 3. Andante aus der Londoner Sinfonie in D-Dur. 4. Sinfonie mit dem Paukenschlag in G-Dur: a) Adagio cantabile, b) Vivace assai, c) Andante, d) Menuetto, e) Allegro di molto. Das Orchester besteht aus Mitgliedern des Berliner Philharmonischen Orchesters. Abschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitungs-, Wetterdienst, Sportschichten, Theatervorstellungen.

Die „Vergiftungen“ im Krankenhaus Neufölln.

Der Betriebsrat des Städt. Krankenhauses Neufölln erucht uns um Veröffentlichung folgender Zeilen: In der Tagespresse vom 7. Januar 1925 ist von rätselhaften Vergiftungsercheinungen die Rede. Unter anderem wird versucht, diese Angelegenheit auf das kriminelle Gebiet überzuleiten. Gegen die so böswilligen und unangelegenen Verdächtigungen unserer Kollegenschaft gegenüber erheben wir schärfste Verwahrung. Unverständlich ist es, wenn solche Verdächtigungen noch die Unterstützung und Billigung der Behörde (HGA.) finden. Die Untersuchungen haben für die vorgenannte Verdächtigung nicht den geringsten Nachhalt gegeben. Wir erwarten deshalb vom HGA., daß man das Personal gegen diese haltlossten in Schau nimmt. Die Behauptung, es wären nur Arznei wiederholt an Durchfällen erkrankt, ist ebenso haltlos wie die vorhergenannte. Feststeht, daß bei Patienten sowie beim Haus- und Visagenerpersonal Erkrankungen gleichfalls vorgekommen sind, denen aber nicht so große Bedeutung beigemessen werden ist. Ein einzelner positiver Fall von Vergiftungsercheinungen ist im Februar 1924 festgestellt worden. Die schlechte, durch übergroße Sparsamkeit hervorgerufene Beschaffenheit der Transportgefäße läßt die Möglichkeit zu, daß durch Oxidation von Erkränkungen mit Durchfällen eintreten können. Für das Kerkelkassino werden aber besonders gute Gefäße verwendet, so daß hier diese Möglichkeit ausgeschlossen ist. Die ganze Aktion, von den Ärzten eingeleitet, hat wahrscheinlich den Zweck, die Beteiligung des Einzelstilles zu erreichen, um nur für sich bessere Beschäftigung zu erreichen. Eine noch schärfere Überwachung der Zubereitung und des Transportes der Speisen bedeutet unerer Auflösung nach, hinter jedem Aufpasser noch einen Aufpasser zu stellen, der aufpaßt, daß der Aufpasser auch richtig aufpaßt.

„Drei Jahre Gefängnis für einen Chauffeur.“ Unter dieser Überschrift hatten wir im gestrigen Morgenblatt über die Verurteilung eines Kraftwagenführers berichtet. Dabei war erwähnt worden, daß die Fahrgäste des Verurteilten, drei Gepäckträger vom Schleifischen Bahnhof gewesen seien, die ein Vergnügen mitgemacht und mit dem Angeklagten gereicht hätten. Wir werden gebeten, mitzuteilen, daß die betreffenden Gepäckträger weder an einem Vergnügen teilgenommen noch mit dem betr. Führer gereicht hätten. Sie hätten lediglich einem Freund, der Berlin verließ, noch das Geleit gegeben und, da keine andere Verkehrsmöglichkeit vorhanden war, hätten sie das zufällig vorbeikommende Auto des Verurteilten benutzt.

Das heutige Spanien. Die Handels-Hochschule Berlin nimmt in diesem Wintersemester ihre Auslandskurse wieder auf. Sie will weite Kreise, namentlich von Handel und Industrie, vor allem mit den Ländern vertraut machen, mit denen Deutschland in Handelsbeziehungen steht. Sie beginnt ihre Vortragsreihe mit Spanien. In vier aufeinander folgenden Sonntagen von 5—7 Uhr wird über „Das heutige Spanien“ gesprochen werden. Als Redner sind hervorragende Kenner Spaniens gewonnen. Prof. Dr. Georg Wegener wird am 10. Januar über „Land und Leute“ (mit Lichtbildern) sprechen; am 17. Januar Prof. Dr. Herr über „Das politische Leben“, am 24. Januar Legationsrat Dr. Jechlin über „Spaniens Wirtschaft und seine Beziehungen zu Deutschland“; am 31. Januar Prof. Dr. Krüger-Hamburg über „Die geistlichen Strömungen der Gegenwart“. Eintrittskarten zum Preise von 4 M. für die Vortragsreihe (1,50 M. für den Einzelvortrag) sind an der Kasse der Handels-Hochschule, Berlin C. 2, Spandauer Str. 1, erhältlich.

Allgemeiner Rückgang des Ruhrhochwassers. Das Hochwasser der Ruhr kann, wie aus den Ueberfließungsangeboten berichtet wird, als beseitigt bezeichnet werden. Auch das Grundwasser geht zurück, so daß allmählich auch die Rubranlagen und Grundstücke wieder frei werden. Der angedeutete Schaden ist beträchtlich. Das Hochwasser der Ruhr hat auf dem überfluteten Baugebiet der neuen Ruhrschleuse großen Schaden verursacht.

Ein Auto von einem Juge überfahren. Im Bahnhof in Biesenthal (Bale) fuhr der Automobilist Drey in die geschlossene Barriere in dem Augenblick hinein, als der Luzerner Schnellzug einfuhr. Das Automobil durchschlug die Schranken und wurde von dem Schnellzug vollständig zertrümmert. Drey und sein Fahrgast namens Köhler wurden auf der Stelle getötet.

Auswandererleiden. London, 7. Januar. (E.P.) In Southampton sind gestern 700 russische Auswanderer, die sich auf dem Wege nach den Vereinigten Staaten befinden, in den Hungerstreik getreten. Fast alle sind Juden. Sie sind von der Schiffahrtsgesellschaft, die kontraktlich ihren Transport nach Amerika übernommen hat, provisorisch in Southampton einquartiert worden, da die Einwanderungsquote für Rußland gegenwärtig erschöpft ist. Die Auswanderer protestieren gegen die ungenügende Nahrung.

Goldfieber in Nordostsibirien. Im Jakuten-Gebiet in Nordostsibirien, wo Goldvorkommen festgestellt sind, deren Ertragsfähigkeit vom Verzicht, wie immer in solchen Fällen, ins Fabelhafte gesteigert wurde, entwickelt sich jetzt das Goldfieber, wie es andere goldliefernde Länder schon früher gekannt haben. Der Sowjetpresse wird berichtet, daß die schlimmste Begleiterscheinung dieses Goldfiebers das Geboren der Lebensmittelpelulanten sei, die sich dort sofort entwickelt und die Versorgung der Gegend mit Nahrung zu schwindend hohen Preisen in die Hand genommen haben. Das gesunde Gold wird meist von Händlern aufgekauft, da es den staatlichen Handelsorganisationen an Mitteln fehlt.

Im Lande Neufölln. Rom, 7. Januar. (W.T.B.) In einem Eisenbahnzug kam es kurz vor Rangel zwischen einem Kontrollleur und einer Ausflugs-gesellschaft zu einem Wortwechsel, in den sich auch andere Reisende mischten. Hierbei zog einer der Ausflüger einen Reissäcker und schob, offenbar um die Begner einzuschüchtern, traf aber unglücklichweise zwei Kaufleute, die sofort tot waren. Daraufhin sprangen die übrigen Teilnehmer der Kauferei aus dem fahrenden Zug, aus dem auch einer der Reissäcker gemorfen wurde, und flüchteten.



— noch nie ward Ähnliches geboten —

— über Schluss des Inventur-Ausverkaufs Montag d. 12. Jan. MAASSEN

LEIPZIGER STR. 42
ECKE MARKGRAFENSTR.
ORANIEN STR. 165
AM ORANIENPLATZ.

Präsidentenwahl im Landtag.

Genosse Bartels im zweiten Wahlgang gewählt.

Altpräsident Herold eröffnete die gestrige Landtagsitzung kurz nach 2 1/2 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Wahl des Präsidenten, der drei Vizepräsidenten und der acht Beisitzer.

Die Wahl des Landtagspräsidenten hat folgendes Ergebnis:

Table with 2 columns: Name and Stimmen. Bartels (Soz.) 142, Dr. v. Kries (Dnt.) 118, Dr. Porck (Z.) 74, Held (Vp.) 45, Pleck (Komm.) 34, Rehbein (Komm.) 1, Ladendorf (Wirtsch.-P.) 16.

Da keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erreicht hat, findet Stichwahl statt zwischen Bartels (Soz.) und v. Kries (Dnt.). Die Stichwahl ergibt die Wahl des Abg. Bartels (Soz.) als Landtagspräsident.

Es wurden abgegeben 426 Stimmen, davon waren eine große Anzahl ungültig. Von den 379 gültigen Stimmen entfielen 201 Stimmen auf den Abg. Bartels und 178 Stimmen auf den Abg. Dr. v. Kries.

Präsident Bartels

übernimmt hierauf die Leitung der Verhandlungen. Er spricht dem Altpräsidenten Herold den Dank aus für seine Mithilfe und gibt dem Wunsch Ausdruck, daß Abg. Herold noch lange in geistiger und körperlicher Frische dem Hause erhalten bleiben möge. Der Präsident dankt für das Vertrauen, das ihm durch die Wahl zum Ausdruck gebracht worden ist und verspricht, sein verantwortliches Amt in völliger Unparteilichkeit zu leiten.

Hierauf vertagt sich das Haus unter dem Widerspruch der Kommunisten auf 10 Minuten, um sodann die Wahl der Vizepräsidenten vorzunehmen.

Nach Wiedereröffnung der Beratung gibt der Präsident Bartels ein Schreiben der Regierung bekannt, das Mitteilung macht von dem Ausscheiden des Finanzministers Dr. v. Käster und des Kultusministers Dr. Wollig aus dem Kabinett und davon, daß die Staatssekretäre Weber und Beder die Geschäfte weiterführen.

Wahl der Vizepräsidenten.

Diese kann, wenn kein Widerspruch erfolgt, durch Zursichnehmen der Kommunisten verzichtet auf einen Widerspruch in der Annahme, daß ihre Anträge vor der Vertagung bis zur nächsten Woche noch verhandelt werden.

Abg. Winkler (Dnt.) schlägt als 1. Vizepräsidenten Dr. v. Kries vor; das Haus erhebt keinen Widerspruch. Dr. v. Kries ist damit gewählt; er nimmt die Wahl dankend an.

Zum 2. Vizepräsidenten schlägt Abg. Winkler (Dnt.) den Abg. Dr. Porck (Z.) vor.

Abg. Wulle (Dnt.) erhebt Widerspruch gegen die Wahl durch Zursichnehmen der Kommunisten. (Große Unruhe und Erregung im ganzen Hause.) — Da Widerspruch erhoben ist, muß die Wahl wiederum durch Stimmzettel erfolgen.

Dr. Porck (Z.) 2., Garnich (Vp.) 3. Vizepräsident. Die Zettelwahl hat das Ergebnis, daß Abg. Dr. Porck (Z.) mit 321 von 407 abgegebenen Stimmen zum zweiten Vizepräsidenten gewählt ist. 42 Zettel waren unbeschrieben. 29 Stimmen sind auf den Abg. Pleck (Komm.), eine Stimme ist auf den Abg. Wulle (Dnt.) gefallen. (Große Heiterkeit und Rufe: Er hat sich selbst gewählt!)

Als dritter Vizepräsident wird durch Zursichnehmen der Kommunisten (Vp.) ohne Widerspruch gewählt.

Bei der Wahl der acht Beisitzer beantragt Abg. Blant (Z.) Vornahme der Wahl in einem Wahlgange durch Stimmzettel.

Abg. Pleck (Komm.): Der Abg. Blant hat mir vorher erklärt, seine Freunde würden Vertagung herbeiführen, wenn wir bei der Wahl der Vizepräsidenten durch Widerspruch gegen die Zursichnahme die Zettelwahl erzwingen würden. Wir haben darauf auf den Einspruch verzichtet. Jetzt verlangt er bei den Beisitzern, die Geschäftsordnungsmäßig nach dem Verhältniswahlsystem gewählt werden, die Zettelwahl. Ich stelle vor der Öffentlichkeit diese Heuchelei und Schiebung des Abg. Blant fest. (Beifall bei den Komm.)

Abg. Blant (Z.): Ich vermahne mich gegen diesen Vorwurf. Ich habe dem Abg. Pleck zwar erklärt, daß wir einen Einspruch von ihnen mit einem Vertagungsantrag beantworten würden; ich habe mich aber in keiner Weise für die Beisitzerwahl gebunden. (Lärm bei den Komm. und Rufe: Schieberpad!)

Die Abgg. Orzesinski (Soz.) und Kuske (Dem.) betonen, die Geschäftsordnungsbestimmung sei zweifellos so auszulegen, daß die nach der Fraktionsstärke zusammengestellte Kandidatenliste durch Zursichnahme gewählt wird.

Abg. Wildermann (Z.) erhebt Einspruch gegen die Wahl durch Zursichnahme. Die Kommunisten beantworten das mit lärmenden Rufen: Schieberpad! Heuchlerband!

Präsident Bartels erteilt einige Ordnungsrufe. Abg. Pleck (Komm.) erklärt, seine Freunde würden aus dem heutigen Verhalten des Zentrums ihre Konsequenzen ziehen. Die

Arbeiterchaft mühte den ganzen Abend auseinanderzulegen.

Wahl der Beisitzer.

Hierauf wird die Wahl der acht Beisitzer durch Stimmzettel vorgenommen. Auf der nach Vorschrift der Geschäftsordnung nach der Fraktionsstärke zusammengestellten Vorschlagsliste stehen zwei Sozialdemokraten und Deutschnationalen und je ein Mitglied des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und der Kommunisten.

Während der Auszählung des Wahlergebnisses für die Wahl der Beisitzer wird die Zahl der Mitglieder der ständigen Ausschüsse festgestellt. Die großen Ausschüsse zählen 29, die kleineren 21 Mitglieder.

Es folgt dann die Beratung der kommunistischen Anträge auf Haftentlassung der Abgg. Hendemann (Königsberg) und Schulz (Breslau).

Die beiden Anträge werden auf deutschnationalen Antrag ohne Debatte dem Geschäftsausschuß überwiesen.

Abg. Dusch (Komm.) begründet hierauf den Antrag seiner Fraktion auf Erlass eines Amnestiegesetzes.

Der Antrag wird dem Rechtsausschuß überwiesen.

Das Ergebnis der Beisitzerwahlen wird am Freitag bekanntgegeben.

Freitag 11 Uhr: Kundgebung wegen Nichtrückkunft Köhls. Schluß 8 Uhr 30 Minuten.

Geschäftsordnung des Reichstags.

Im Reichstag teilte bei Eröffnung der Donnerstagssitzung Präsident Lohde mit, daß zu Schriftführern gewählt worden sind: Frau Agnes (Soz.), Frau Bohm-Schuch (Soz.), Schmidt-Meisen (Soz.), Budjahn (Dnt.), Dr. Philipp (Dnt.), Schulz-Frankfurt (Dnt.), Schwarz-Frankfurt (Z.), Frau Leusch (Z.), Dr. Kuntze (D. Vp.), Hegler (Dem.), Rauch-München (B. Vp.) und Gude (B. Vp.). Auf Kommunisten und Nationalsozialisten entfällt somit kein Schriftführerposten.

Präsident Lohde wendet sich gegen die Behauptung einiger Berliner Blätter, daß bei der Verkündung des Ergebnisses der Präsidentenwahl am Mittwoch aus der Diplomatenloge Beifall gekläfft worden sei. Nach dem im Beisein von zwei dagegen protestierenden Abgeordneten vorgenommenen Ermittlungen sei der Beifall aus der Loge des Preussischen Landtags gekommen. Sobald im Preussischen Landtag ein Präsident gewählt ist, werde sich der Reichstagspräsident an ihn wenden, damit er seine Kollegen darauf aufmerksam mache, daß Beifallsbekundungen auf den Reichstagspräsidenten nicht zulässig sind. (Heiterkeit.)

Es folgt die Beratung der Telegramme, die das ägyptische Parlament schmerzt an den Reichstag wie an alle Parlamente der Welt und an den Völkerbund gerichtet hat, um gegen die britischen Maßnahmen nach der Ernennung des Sirbars zu protestieren.

Ein Antrag auf Strafverfolgung des Abg. Thälmann (Komm.) wird dem Geschäftsausschuß überwiesen.

Der Präsident teilt mit, daß der Abg. Kay (Komm.) aus Wien ein Telegramm gefandt habe, worin er mitteilt, daß er dort inkognito durchreisen wolle und dabei verhaftet worden sei (große Heiterkeit); er bitte, für seine Freilassung zu sorgen. Das Auswärtige Amt habe die Angelegenheit untersucht und Schritte zur Freilassung unternommen. Dabei sei folgendes festgestellt worden: Der

Abg. Kay hat sich eines falschen PASSES bedient, der aus der bekannten Paffschützentele herorgegangen sei. Da die Sache schon bei Gericht war, konnte nichts mehr unternommen werden, als daß die Wiener Staatsanwaltschaft um Beschleunigung ersucht wurde. Das sei zugestanden worden.

Das deutsch-polnische Abkommen über Staatsangehörigkeits- und Optionsfragen wird dem Auswärtigen Ausschuß überwiesen.

Der Gesetzentwurf zur Änderung des Postgesetzes, der die Erleichterungen für Pakete und eingeschriebene Sendungen auf Reichsmarkbeträge umstellt, wird angenommen.

Auf der Tagesordnung steht dann ein Antrag Dr. Kahl (D. Vp.) auf Nachprüfung der Geschäftsordnung.

um festzustellen, ob die zurzeit dem Reichstagspräsidenten zustehenden

Disziplinarbefugnisse ausreichen, die Würde und das Ansehen des Reichstags zu wahren.

Abg. Dr. Kahl (D. Vp.) begründet seinen Antrag unter Hinweis auf die Vorgänge in den letzten Monaten, die dem Ansehen des Reichstags außerordentlich Abbruch getan hätten. Der Antrag richtet sich durchaus nicht gegen eine bestimmte Partei. (Lärmender Widerspruch d. Komm.) Der Deutsche Reichstag müsse endlich wieder die Möglichkeit haben, in ruhigen und sicheren parlamentarischen Formen seine Aufgaben zu lösen.

Abg. Eichhorn (Komm.) nennt den Antrag ein Ausnahmegesetz gegen die Kommunisten. Durch eine neue Verschärfung der Geschäftsordnung würde die Würde des Reichstags am meisten beeinträchtigt. Am Schluß der Rede ertönt das übliche Händeklatschen der Kommunisten.

Präsident Lohde: Von verschiedenen Seiten ist das Händeklatschen bemängelt worden. Es war früher im Reichstag nicht üblich. Es ist jetzt aber zur Gewohnheit geworden. (Widerpruch rechts.) Das Händeklatschen findet in verschiedenen Parlamenten statt, wir werden daran nicht sterben. (Heiterer Beifall und Händeklatschen.)

Abg. Dittmann (Soz.):

Wir wollen alle Maßnahmen zur Sicherung der Arbeitsfähigkeit des Reichstags unterstützen, sehen aber noch keinen Anlaß, die Geschäftsordnung zu ändern. Wir werden der Überweisung an den Geschäftsausschuß nicht widersprechen und werden abwarten, welche Vorschläge uns dort gemacht werden. Herr Eichhorn ist den Beweis für seine Behauptung, daß das Reichsdommer aus staatlichen Mitteln bezahlt wird, schuldig geblieben. Ich erkläre seine Behauptung für eine Unwahrheit — mehr will ich einweisen nicht darüber sagen. Wir haben vor dem Kriege die polizeiliche Überwachung von Versammlungen immer als Beileidigung der Arbeiter und Versammlungsleiter angesehen, aber den Kommunisten ist es vorbehalten geblieben, in der Nachkriegszeit diese Praxis des wilhelminischen Regiments nachträglich zu rechtfertigen, indem sie alle gegnerischen Parteiversammlungen sprengten. Die Kommunisten sollten sich erst anständiger Versammlungsstätten bedienen, ehe auf den Schutz verzichtet werden kann. Allerdings sind die Deutschen nicht weniger schuldig daran, daß es in den letzten Jahren zu Ausschreitungen im Versammlungsleben gekommen ist.

Abg. Dr. Kahl (Dem.): Die Würde des Hauses muß gewahrt werden. Was wir in dem letzten Reichstag erlebt haben, macht eine Nachprüfung der Geschäftsordnung notwendig. Die Kommunisten haben einen Ton eingeführt, daß das Haus zu einer Kolonne degradiert worden ist. Man kann niemand zwingen, sich als Gentleman zu benehmen, aber der Reichstag muß als vornehmste Pflegestätte des deutschen Volkes erhalten bleiben. (Lachen bei den Kommunisten.) Ich erinnere Sie (zu den Kommunisten) daran, wie



Das Röntgenbild Ihres Fußes

Wenn Ihr Fuß am Abend anschwillt — wenn die Sohlen brennen — wenn Sie Schmerzen im Mittelfuß verspüren — wenn auf der Fußsohle Schwielen (harte Haut) entstehen, welche hartnäckig immer wiederkehren — wenn der Ballen weh tut (Frostbeulen), wenn Schmerzen an der Ferse das Gehen zur Qual machen —

Wenn rheumatische Schmerzen in der Tiefe der Wade und dem Schienbein entlang fühlbar sind — wenn die Gelenke an Knöchel und Knie schmerzhaft anschwellen — wenn ziehende neuralgische und rheumatische Schmerzen vom Fuß bis zum Kopf sich melden —

Dann besteht Verdacht auf Senkfussbildung. In diesem

Falle benötigen Sie die pneumatische Schuheinlage

Pneumette

welche den leidenden Fuß durch ein weiches Luftkissen stützt und hebt und Sie so in kurzer Zeit von den Schmerzen und Qualen für alle Zeit befreit. Wir bieten Ihnen

ärztliche Untersuchung des Fußes, welche Klarheit über den Zustand gibt und nutzlose Kuren erspart. Kostenlos durch eigenen Arzt in unserer eigenen Röntgenstation

Die pneumatische Fuss-Stütze Pneumette kann in jedem Schuh unsichtbar getragen werden. Wir geben Ihnen ein Paar

8 Tage zur Probe

Beginnen Sie heute noch mit dem Versuch! (Ist schmerzfreies Gehen nicht diesen Versuch wert?)

Niederlage der Pneumette für Berlin

Leiser

Schuhhaus größten Stills. Kostenloser ärztliche Fuß-Untersuchung in eigenen Röntgenstationen, Leipziger Str. 64 u. Tauentzienstr. 20. (9-12 u. 4-7). Fuß-Spiegelstationen in den Filialen Moabit, Turmstr. 20 und Friedrichstraße 179. Fuß-Prüfung und unentgeltliche Beratung in allen Leiser-Verkaufsstellen: Leipziger Str. 64 Tauentzienstr. 20 Friedrichstr. 179 Köpenicker Str. 34 Moabit, Turmstr. 20 Neukölln, Bergstraße 7/8 Friedenau, Rheinstr. 14 Oranienstr. 24 Oranienstr. 47a Müllerstr. 3a Schriftliche Aufträge von außerhalb Berlin sind zu richten an den alleinigen Fabrikanten und Patentinhaber (L. D.R.P.) Kreuzversand Alfred Klotz, München, Lindwurmstr. 76. Fragen Sie Ihren Arzt und verlangen Sie Kostentfrei von der Firma Kreuzversand, München, das lehrreiche Buch: Fuß- und Beinbeschwerden

Sie heimlich einen wehrlosen Abgeordneten überfallen haben. (Rufe bei den Komm.: Lügner, Schwindel! — Präsident Löbe ruft den Abg. Koenen wegen des Ausdrucks Schwindel zur Ordnung und macht, da ein anderer Kommunist den Ruf wiederholt, darauf aufmerksam, daß, wenn ein Abgeordneter nach einem Ordnungsruf die Beleidigung wiederholen würde, er dies als einen großen Verstoß gegen die Ordnung ansehen und die Ausweisung des Abgeordneten aus dem Hause anordnen würde.)

Darauf wird der Antrag Rahl dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen.
Präsident Löbe: Ich hebe nochmals hervor, daß ich von den Befugnissen des § 91 nicht nur Gebrauch machen werde im Falle eines förmlichen Vorgehens, sondern auch bei großer Beschimpfung des Präsidenten, des Reichstags oder eines Abgeordneten. (Lobholler Beifall.) Ich bemerke dies, damit sich niemand darüber im Irrtum befindet. (Großer Lärm bei den Kommunisten.)
Nächste Sitzung: Heute Freitag 3 Uhr: Ausschussberichte über Amnestieanträge, dritte Lesung des Postgesetzes und erste Lesung der Amnestieanträge.
Schluß 4 Uhr 30 Minuten.

Wirtschaft

Der schwedische Stinnes.

(Von unserem schwedischen Mitarbeiter.)

Stockholm, Anfang Januar.

Herr Wallenberg, der bekannte schwedische Finanzmann, ist kürzlich von der Reparationskommission zum Schiedsrichter für Differenzen aus den Industrieobligationen ernannt worden. Es wird nun besonders in Deutschland interessieren, wer Wallenberg ist. In Schweden nennt man ihn den ungekrönten König, den Stinnes des Landes. Näher hat er sich durch eine Rede charakterisiert, die er auf der Jahresversammlung „Sozialer Bankvereinigungen“ gehalten hat, in der er die Lage der schwedischen Wirtschaft erörterte. „Die Lage der schwedischen Wirtschaft ist nicht als günstig, ja nicht einmal als normal zu bezeichnen“, stellt Herr Wallenberg fest. „Worin er die Ursachen der augenblicklichen Wirtschaftskrise sieht, ist klar. Schuld sind die hohen Produktionskosten, und zwar vor allem die Arbeitslöhne. Herr Wallenberg stellt fest: „Ich bin immer für hohe Arbeitslöhne gewesen, aber stets unter der stillschweigenden Voraussetzung, daß kein Befehl der nötigen Castigialität der Arbeitszeit irgendein Hindernis in den Weg legt.“ Das ist sehr deutlich, das heißt: Hart mit dem Achtstundentag, der Reichstag darf das Gesetz über den Achtstundentag nicht verlängern!

Die Arbeiter und viele gute Kenner des schwedischen Wirtschaftskreis haben einen anderen Ausweg als Herr Wallenberg gezeigt. Sie haben darauf hingewiesen, daß die augenblickliche Krise darauf zurückzuführen ist, daß Schweden bisher für seine Exportwaren im Verhältnis zur Vorkriegszeit höhere Preise bekam. Diese bisher als müßeloser Gewinn eingestrichene Preisdifferenz verschwindet immer mehr und mit ihm die Konkurrenzfähigkeit der schwedischen Industrie, die gar nicht daran gedacht hat, in der Zeit der Hochkonjunktur in ihren Fabriken die notwendigen technischen Neuerungen einzuführen. Es ist noch nicht zu spät, diese Maßnahmen vorzunehmen. Aber es heißt dazu ein Kapital. Wie die letzte 30-Millionen-Dollar-Anleihe, die größte, die Schweden je aufgenommen hat, nun gezeigt hat, kann Schweden das notwendige Kapital zu günstigen Bedingungen auf dem Weltmarkt bekommen. Diese Maßnahme dürfte um so mehr zu befürworten sein, als das Geld doch produktiven Zwecken zugeführt wird und Schweden seine früheren Schulden fast restlos zurückgezahlt hat.

Das paßt aber nicht in den Plan des Herrn Wallenberg, denn die Industrie könnte mit Hilfe dieser billigen Anleihen sich vielleicht von dem Einfluß der schwedischen Bankwelt befreien oder mindestens wieder eine gewisse Selbstständigkeit erlangen. Deshalb ist Wallenberg gegen die Anleihe. Die Industrie soll bluten und Herr Wallenberg gehorchen! Dies ist aber nur zu erreichen, wenn kein ausländisches Geld nach Schweden kommt. Deswegen verkündet Wallenberg: „heute kann man nicht mehr Auslandsanleihen veranlassen. Heute gibt es nur ein Ziel, Produktion und Konsumtion ins Gleichgewicht zu bringen.“ Das klingt sehr schön, aber nicht für den, der weiß, daß die Drofflung des Konjums nur durch eine Diskonterhöhung zu erreichen ist. Da liegt das Pudels Kern! Die Industrie, die eine Erhöhung des Diskontsatzes nicht ertragen kann, müßte sich Herrn Wallenberg ergeben und er wäre absoluter Herrscher von Mammons und des Zinsfußes Gnaden.

Schließlich noch eine charakteristische Äußerung Wallenbergs über das soziologische und Wirtschaftsform-Problem. In einer

Rede betonte er seine Stellung gegenüber dem Sozialismus wie folgt: „Es gibt aber Leute, die eine neue Gesellschaftsordnung aufbauen wollen, weil sie glauben, daß sie nur so der Wirtschaftskrise Herr werden können. Alles Theorien, meine Herren! Pragis! Pragis! Geldverdienen ist notwendig.“ — In der Hand dieses Mannes, der auch für Deutschland von Bedeutung werden kann, konzentriert sich nun die Finanzmacht Schwedens. Er ist ein Grund mehr, die göttliche, die kapitalistische Weltordnung anzuzweifeln.

5 Prozent Aufwertung für die Vorkriegs- und Kriegsanleihen?

Der Vorentwurf für die Zwangsumstellung der alten und der neuen Kriegsanleihen, zu dessen endgültiger Feststellung jedoch der Vertreter der Bankwelt gehört werden, soll eine 5prozentige Aufwertung vorsehen. Die nach im Umlauf befindlichen Vorkriegsanleihen des Reichs bzw. die von den Ländern aus dem Reich übergebenen Anleiheobligationen haben einen Nominalwert in Papiermark von etwa 18,9 Milliarden, die Kriegsanleihen einen solchen von etwa 51 Milliarden; zusammen rund 70 Milliarden. Das Reich würde durch die 5prozentige Aufwertung also eine Nominalgoldschuld von 3500 Millionen Goldmark auf sich nehmen. Würde dieser Betrag mit 5 Prozent sofort verzinsbar werden, so würde dem Reich daraus eine laufende Belastung von 175 Millionen Goldmark erwachsen. Rame eine 1prozentige jährliche Tilgung hinzu, so würde die Belastung des Reichshaushalts außerdem um 35 Millionen Goldmark jährlich steigen. Das sind angesichts der rigorosen Sparpolitik im Reichshaushalt und in den Reichsbetrieben und angesichts der kommenden Reparationsbelastung ganz gewaltige Beträge. Die Arbeiterschaft wird sich daran tun, ihre Augen offen zu halten, woher diese Riesensummen genommen werden sollen. Auch wenn zunächst nur der alte, spätestens seit dem 1. Juli 1920 in fester Hand befindliche Anleihebesitz verzinst werden soll, und wenn der Zinsfuß zunächst auch niedriger gewählt wird, so handelt es sich immer noch um gewaltige Summen. Hoffentlich wissen die Parteien der skrupellosen Aufwertungspropaganda heute schon, wo die Steuern zur Verzinsung und Tilgung der dreieinhalb Milliarden zu holen sind.

Der Konzern der „Sozialen Dreigliederung“ in Liquidation.

Der Anthroposoph Dr. Steiner, der mit seiner „Sozialen Dreigliederung“ nicht nur Idealisten und schwärmerische Frauen, sondern auch Arbeiter verwirrt hat, hat mit seiner Gründung „Der kommende Tag, U.G.“ auch kein Glück gehabt. Wie in einer gesellschaftlichen Zelle sollte in dem immerhin 5 Industrieunternehmen, Wohnhäuser, landwirtschaftliche Güter und zwei städtische Institute umfassenden kommenden Tag-Konzern die Probe auf das Exempel der sozialen Dreigliederung gemacht werden: den über die Verzinsung des Kapitals hinaus von den Wirtschaftsunternehmen des Konzerns erzeugten Gewinn in Kulturunternehmen desselben Konzerns im Sinne der Höher-

züchtung der Menschen sofort zu verwerten und durch immer größere Ausdehnung des Konzerns allmählich jene neue abendländische Kultur einheit von Wirtschaft, Geist und Recht zu schaffen, die den materialistischen Kapitalismus und den mechanistischen Rechtsstaat ablösen soll. Erst wenn man diese großartig klingende Zielsetzung ins Auge faßt, dem Gedanken braucht die ideologische Bedeutung nicht abgesprochen zu werden, kann man das Fiasko der „Kommenden Tag-U.G.“ voll ermessen. Der idealistische Ueberchwang der Gründer und Aktionäre hat eben doch nicht soweit standgehalten, daß man mehr als die Hälfte des einbezählten Kapitals verlieren will; denn die Hälfte scheint nach Zeitungsnachrichten schon verloren zu sein. In der Arbeiterschaft konnte die „Soziale Dreigliederung“-Bewegung wegen ihrer rein ideologischen Konzeption keinen Fuß fassen. Und das ist gut so, sonst hätte die Arbeiterschaft neben einer Enttäuschung auch noch Verluste. Die „Der Kommende Tag U.G.“ wird demnächst liquidieren.

Gegen den Kohlenwucher.

Wie wir hören, ist der große Ausbruch des Reichskohlenrates zu einer Sitzung am Freitag, den 9. d. M., eingeladen. Es soll Beschluß gefaßt werden über die Kohlenpreise, die nach der Umsatzsteuerermäßigung auch eine Ermäßigung erfahren müßten. Die Regierung hat sich ja in erster Linie veranlaßt gesehen, die an sich ungerechte Umsatzsteuer deswegen abzubauen, um damit eine allgemeine Herabsetzung der Preise zu erwirken. Die Berggewaltigen sind aber anderer Meinung. Sie glauben, eine Kohlenpreisermäßigung nicht vornehmen zu können, „weil die letzten Lohnerhöhungen die Gesellschaften zu sehr belastet haben“. Es wäre ein ganz unerhörter Vorgang, wenn gerade die Kohlenpreise keine Ermäßigung erfahren würden. Sie sind ein Kraftstoff, und die Industrie begründet meistens ihre hohen Preisforderungen mit den hohen Kohlenpreisen. Die Landwirtschaft verweist auch gar zu gern auf die hohen Kohlenpreise, um damit die Forderungen auf Ermäßigung der Preise für ihre Produkte abzulehnen. Es muß vom großen Ausschuss verlangt werden, daß er sich bei seiner Beschlußfassung von allgemein volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten aus leiten läßt, und sich die Wirtungen überlegt, die sie haben müßte, wenn gerade bei der Kohle die von der Regierung verlangte Preisminderung nicht eintritt. Wir hoffen, daß auch das Reichswirtschaftsministerium mit allem Nachdruck die Preiserhöhung verlangt.

Ende der Reichsanleihe U.G. Auch eine Aufwertung. Soeben haben die Aktionäre der Reichsanleihe U.G. dem Vorschlag des Reiches zugestimmt, gegen eine 4prozentige Entschädigung in Gold des Nominalwertes von 400 Millionen Papiermark sämtliche Aktien der Reichsanleihe U.G. dem Reich zu übergeben. Eine Bestimmung im Statut der 1919 zur Regulierung des Kriegsanleiheamarktes gegründeten Gesellschaft bestimmte nämlich, daß die durch die Entwidlung der Bährungsverhältnisse inwischen überflüssig und wertlos gewordene Reichsanleihe U.G. spätestens nach 5 Jahren vom Reich erworben werden müsse. Ohne diese Bestimmung wäre die Reichsanleihe U.G. eine geschäftliche Fehlunternehmung ihrer Aktionäre, zumeist deutsche Großbanken, gewesen. Nach dem Statut konnte sich aber das Reich dem Erwerb der Aktien nicht entziehen. Bemerkenswert bei dieser Sachlage ist, daß das Reich seinen früheren Vorschlag nicht durchsehen konnte, die Aktien gegen eine einprozentige Entschädigung in Gold zu erwerben. Die Konforten bestanden aus ihrem Schein, trotz der schweren Notlage des Reichs und obwohl alle anderen Besitzer von Papiermark in der Inflationswirtschaft die allergrößten Verluste hinnehmen mußten. Es müssen nun also 16 Millionen Goldmark von den Steuerzahlern aufgebracht werden, um die Aktionäre der Reichsanleihe U.G. zu entschädigen. Berechnet man den Goldwert der Einzahlungen auf das Aktienkapital mit 10 Prozent, so ist ein Wert von 40 Millionen Mark eingehalt worden. Das Reichsanleihe-U.G.-Konfortium erhält also zwei Fünftel seiner Einzahlung, das sind 40 Prozent, zurück. Das ist eine Aufwertung, die sich neben den vielleicht zu erwartenden 5 Prozent für die Kriegsanleihe etwas merkwürdig ausnimmt, um so mehr, als die Einzahlungen des Konfortiums ausdrücklich für einen „gemeinnützigen“ Zweck erfolgt sind.

Das deutsche Kollisionsstatut teilt über den Kollisionsfall mit: Der Dezemberabjah 1924 entspricht mit 847 000 Doppelzentnern Kollis der Entwicklung des letzten Vierteljahres 1924 und brachte den Absatz des zweiten Halbjahres 1924 auf 5 143 934 Doppelzentner, wodurch der außerordentlich niedrige Absatz des ersten Halbjahres von nur 3 275 069 Doppelzentnern zum größten Teil ausgeglichen wurde. Das Jahr 1924 bleibt mit einem Gesamtabsatz von 8 419 000 Doppelzentnern hinter dem Jahre 1923 mit 440 000 Doppelzentnern zurück. Es kann angenommen werden, daß diese Abziffern nur einen Teil des tatsächlichen Verbrauches angeben, da nachweislich aus den Inflationsjahren bedeutende Mengen Kollisze namentlich bei den Verbrauchern lagerten, die nunmehr zum größten Teil verbraucht sein dürften.

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.

Gerstengraupen, lose ..	18,50—24,50	Kakao, fettarm	70,00—95,00
Gerstengrütze, lose ..	18,50—18,75	Kakao, leicht entölt ..	100,00—120,00
Haselröllchen, lose ..	20,00—21,30	Tea, Souchon, gepackt ..	320,00—400,00
Haselgrütze, lose ..	21,50—22,50	Tea, indischer, gepackt ..	40,00—470,00
Roggenmehl 6/1 ..	17,00—19,00	Inlandszucker basis mel.	29,00—31,00
Weizenmehl	19,25—24,50	Inlandszucker Raffinade	31,50—35,50
Hartweizen ..	24,50—27,00	Zucker Würfel	35,50—38,10
70%, Weizenmehl ..	17,25—19,50	Kunsthonig	35,00—37,00
Weizen-Auszugmehl ..	19,75—26,75	Zuckersirup hell in Einm.	40,00—
Speiseerbsen, Viktoria ..	18,00—24,25	Speiseerbsen dunkl. in Einm.	27,00—30,00
Speiseerbsen, kleine ..	15,00—16,00	Marmelade Einfr. Erb.	90,00—9,00
Bohnen, weiße, I. erl ..	21,50—25,00	Marmelade Vierfrucht ..	40,00—
Langbohnen, handverles.	27,50—33,00	Pflanzensalz in Elmeru	45,00—55,00
Linsen, kleine ..	18,00—20,00	Steinsalz, in Säcken ..	3,10—3,60
Linsen, mittel ..	31,00—32,00	Siedesalz in Säcken ..	3,70—4,20
Linsen, große ..	44,00—50,00	Bratenschmalz in Kübeln	91,00—92,00
Kartoffelmehl ..	19,00—22,00	Bratenschmalz in Tierces	92,00—92,25
Makkaroni, Hartweizen ..	43,25—55,00	Purelard in Tierces ..	87,00—90,00
Eiermehl ..	47,00—71,50	Purelard in Kästen ..	90,00—91,75
Mehlweizen ..	23,50—26,75	Speisetaig in Packung ..	65,00—66,00
Bruchreis ..	15,50—17,75	Speisetaig in Kübeln ..	—
Rangoon Reis ..	19,00—20,00	Margarine, Handelsm. I	66,00—
Tafelreis, glasiert, Patna	24,50—32,00	desgl. II ..	60,00—63,00
Tafelreis, Java ..	32,75—42,00	Margarine, Spezialm. I ..	90,00—94,00
Tafelreis, amerik. ..	46,00—50,00	desgl. II ..	89,00—91,00
Getr. Pflanzen 90/100 ..	43,00—50,00	Molkereibutter Ia I. Pack.	185,00—190,00
Pflanzöl, entleert ..	74,00—85,00	Molkereibutter Ia I. Pack.	201,00—208,00
Cal. Pflanzen 40/50 ..	66,00—68,00	Molkereibutter Ia I. Pack.	169,00—175,00
Rosinen in Kisten, Candis	60,00—71,00	Molkereibutter Ia I. Pack.	185,60—19,00
Sultaninen Caraburnu ..	75,00—95,00	Auslandbutter in Fässern	205,00—222,00
Korinthen, choice ..	85,00—94,00	Corned beef 12 1/2 lbs p. K.	39,00—
Mandeln, süße Bari ..	205,00—210,00	Ausl. Speck, geräuchert	105,00—115,00
Mandeln, bittere Bari ..	200,00—210,00	Quadratkäse ..	31,00—43,00
Zimt (Cassia) ..	100,00—120,00	Tiläuter Käse, vollfett ..	120,00—130,00
Kümmel, holländischer ..	55,50—60,00	Echter Emmentaler ..	115,00—125,10
Schwarzer Pfeffer Singsap.	110,00—120,00	Echter Emmentaler 40% ..	118,00—125,00
Weißer Pfeffer ..	155,00—173,00	Ausl. ungezuck. Condens-	20,00—22,50
Rohkaffee Brasil ..	215,00—23,00	milch 40/16 ..	20,00—22,50
Rohkaffee Zentralamerika	25,00—310,00	Inl. gez. Condensm. 40/14	23,25—
Rohkaffee Brasil ..	270,00—310,00		
Rohkaffee Zentralam. ..	330,00—400,00		
Rohgetreide, lose ..	28,00—32,00		

Inventur-Ausverkauf

Enorme Preis-Ermäßigungen in allen Abteilungen

Herren-Jackett-Anzüge dunkle Stoffe ..	26 ⁵⁰	Herren-Winter-Ülster mit Falten und Gurt ..	21 ⁵⁰	Damen-Mäntel moll. Stoffe braun kar 7,00 ..	5 ⁷⁵	Herren-Serviteurs gestr. m. Krsg. ..	75 P.	Sport-Flanell bw. 75 ctm 0,90 ..	75 P.		
Herren-Jackett-Anzüge gemustert ..	30 ⁰⁰	Herren-Winter-Ülster braun, Schlüpperform ..	30 ⁰⁰	Damen-Mäntel halbschwer ..	5 ⁰⁰	Herren-Hemden u. Hosen makrofarbig ..	2 ²⁵	Schlosser-Flanell 70 ctm ..	95 P.		
Einzelne Herren-Anzüge und Mäntel Einz. Damen-Mäntel, Kostüme, Kleider besonders billig				Kostüm-Rock flotte Verarbeitung ..	2 ²⁵	Herren-Einsatz-Hemden gute Qualitäten ..	2 ⁵⁵	Kleiderstoffe 70 ctm, habsche Schotten ..	1 ⁰⁵		
				Damen-Westen gute Qualität ..	7 ²⁵	Herren-Hemden Oxford vorzügliche Ware ..	3 ⁰⁰	Bett-Garnitur 2 Kissen, 1 Bezug ..	9 ⁰⁰		
				Damen-Kleider Cheviot farbig ..	4 ⁹⁵	Herr.-Oberhemden glatt u. gestreift 5,60 ..	4 ⁹⁵	Bett-Garnitur Pa. Damast, 1 Bezug, 2 Kissen ..	16 ⁵⁰		
				Damen-Kleider reinwooll Cheviot ..	7 ⁹⁵	Herren-Arbeitsstiefel Robleder ..	7 ⁵⁰	Kinder-Stiefel serb. Mat., mit Kernerletern, v. ..	3 ⁰⁰		
				Damen-Bluse guter dunkler Colour ..	1 ⁹⁵	Herren-Stiefel Rbox, mod. Form, braun ..	10 ⁹⁵	Knab.- u. Mädch.-Stiefel Rindbox ..	5 ⁹⁵		
								Herren-Stiefel Rbox, mod. Form, enah ..	10 ⁷⁵	Damen-Stiefel Che-reau und R n box 11,50 ..	9 ⁵⁰
								Herr.-Stiefel rand enah, v. box, vorz. Qua ..	14 ²⁵	Dam.-Schnü- u. Spang. Schuhe, rotbraun ..	11

Herren-Jackett-Anzüge verschiedene Stoffarten ..	40 ⁰⁰	Herren-Winter-Ülster mittel und dunkle Stoffe, verschiedene Formen ..	35 ⁰⁰
Herren-Beinkleider moderne Streifen ..	6 ⁵⁰	Herren-Joppen gefüttert ..	8 ⁵⁰

Kleider-Vertrieb G. m. b. H.

Kommandantenstraße 80-81

2. Verkaufsstelle: Ostern, Warschauer Str. 33. 3. Verkaufsstelle: Lichtenberg, Frankfurter Allee 82. 4. Verkaufsstelle: Neukölln, Berliner Straße 47-48, Eing. Boddinstraße. 5. Verkaufsstelle: Norden, Müllersstr. 151

Geschäftszeit 9-7 Uhr

Auf der „Palme“.

Von Oswald Ehler.

„Wenn du noch eine Selmat hast,
Dann nimm den Kragen und den Stroch
Und wand're, wand're ohne Rest
Bis du erreicht den teuren Flecken!“

Während grüßen diese Worte den Armen, der gezwungen ist, das städtische Asyl aufzusuchen. Wie bitterer Hohn erscheint dieser Gruß demjenigen, der keine Zufluchtsstätte mehr hat, dem die „Palme“, wie das Berliner Obdach im Volksmunde heißt, Heimat sein muß und Heimat geworden ist. Als mahnende Erinnerung aber klingt der Spruch dem Obdachlosen, der in der Ferne noch ein trautes Heim besitzt, der nur der Verhältnisse oder auch eigener Schuld wegen hier in der Fremde mittel- und wohnungslos umherirrt.

Tausende strömen täglich der Fröbelstraße zu, Männer und Frauen jeden Alters suchen hier ein schützendes Dach für die Nacht. Immer wieder füllt und leert sich der Versammlungssaal, aus welchem die Obdachsuchenden den Schlafräumen zugeführt werden. Jeder Saal faßt ungefähr hundert Pritschen, welche aber in der kalten Jahreszeit nicht ausreichen. Wer später eintrifft, muß auf dem Flur oder auf dem Fußboden nächtigen. Am Eingang des Saales werden Schnaps und Decke empfangen, der Aufseher schließt die Tür; der Obdachlose hat sich bis zum nächsten Morgen seiner Freiheit beseßen. Diejenigen, die das Obdach bereits um drei Uhr aufsuchen, verbringen fast sechzehn Stunden, also zwei Drittel des Tages, im Schlafraum. In langen Reihen stehen die Pritschen dicht aneinander, nur zwei schmale Durchgänge sind freigelassen. Glücklicherweise, der Platz auf einer der älteren Pritschen findet, welche nach Art der Patentbetten aus Draht und Spiralfedern bestehen. Wer aber gezwungen ist, auf einer Pritsche neuerer Konstruktion zu liegen, hat wohl manch bitteres Wort über denjenigen verloren, der Veranlassung zur Herstellung dieser Lagerstätten gegeben hat. Man hat einfach mehrere Zentimeter breite Bandstahlfedern in weitem Abstand über das Gestell gelegt, so daß dazwischen große Zwischenräume entstehen. Ein bequemes Liegen hierauf ist unmöglich, da man sich in jeder Lage die scharfen Kanten ins Fleisch drückt.

Auf diesen „Nebelagern“ liegt alles in buntgewürfelter Reihe durcheinander. Hier ruht der berufsmäßige Bettler neben dem pflüchlich aus Arbeit und Verdienst Gefommenen, dort schläft der aus der Heimat gelückelte Russe neben dem polnischen Arbeiter, der nach schwerer Arbeit von seinem Gutsherrn entlassen ist und nun, anstatt nach Polen zurückzukehren, samt seiner Familie der öffentlichen Wohltätigkeit zur Last fällt. Der wandernde Handwerksbursche, der auf seiner „Walze“ die Weltstadt berührt, erzählt seinem Nachbar, einem dem Elternhause entlaufenen jungen Burschen, seine Erlebnisse von der Landstraße. Alle Stämme sind vertreten, friedlich liegt der in seiner eigenen Heimatstadt heimatslose Berliner neben dem Bapern, dem Ostpreußen, dem Rheinländer. Einträchtig stellen sie alle an, wenn gegen Abend die Leiber nur zu dünne Suppe ausgegeben wird, und bald sitzt alles auf dem Pritschenrand und schlürft das heiße Getränk aus der Schüssel. Dann tritt allmählich Ruhe ein. Die Mehrzahl legt sich schon jetzt auf die Seite, hier haben sich aber einige Skatspieler zusammengefunden, dort sammeln sich um die die ganze Nacht hindurch brennende Lampe die Leserratten. Jede alte Zeitung ist hier ein begehrter Artikel. In der Hauptsache sind es aber minderwertige Schmöder, die durch Laus von Hand zu Hand gehen. Andere wieder flüchten die gerumpelten Kleider oder verlieden ihre schmutzigen Wäsche unter der Wasserleitung zu reinigen. Nach einiger Zeit hat sich aber alles auf die Pritschen gelegt. Böhme Ruhe tritt wohl nie ein. Bald beginnt jemand im unruhigen Schlaf laut zu reden, ein anderer unterbricht die Stille durch lautes Schreien, bis sein Nachbar ihn durch freundlichen Rippenstoß auffordert, eine andere Lage einzunehmen. In aller Frühe, um 5 1/2 Uhr, ruft der Aufseher ein kurzes „Aufstehen!“ in den Saal; der Tag beginnt. Es gibt wieder eine dünne Suppe und beim Ausgehen ein Stück Brot, die sogenannten „Palmsuppe“. Zwischen sechs und sieben Uhr wird Saal nach Saal geöffnet, der Ertrag der Obdachlosen ergießt sich auf die Fröbelstraße, verstreut sich durch die angrenzenden Straßen; die Millionenfische nimmt die Heimatslosen auf, wenn sich ihnen nicht ein Hindernis in den Weg stellt, das sie mit grimmigem Humor in den Kauf nehmen: die Polizei.

Die Kriminalpolizei nimmt ein übergroßes Interesse an den Missetätigen. Schon am Nachmittag muß ein großer Teil den Weg durch das dort befindliche Kriminalbüro nehmen, um seine Personalien feststellen zu lassen. Am Morgen stehen wieder die Beamten, die „Greifer“, am Portal und an den Ecken der anliegenden

Der Nibelungen Not.

Durch Verarmungsbeschick der Octagruppe Braunschweig werden die Jugendbände „Nibelungen“ und „Bismarck-Jugend“ für zwei Jahre von der Benutzung der Braunschweiger Jugendherbergen wegen ungenügender Beschaffung, Verarmung der Bände und mangelhafter Ausstattung ausgeschlossen.



Der Wirt sprach zu den Gästen: „Mein und euer Leid
Sind einander ungleich: die große Not im Streit,
Der Schaden und die Schande, die ich von euch gewann,
Dafür soll euer keiner mir lebend kommen hindann.“

(Was den Nibelungenlieb.)

Straßen und greifen sich aus der herausströmenden Menge eine Anzahl heraus, welche unter starker Bedeckung den nächsten Polizeiwachen oder gar im Kaskantentum „Aller“ zugeführt wird. Außerdem werden täglich die Inassen einiger Schlafstätten zurückgehalten und „verwahrt“, d. h. sie müssen ein im verdorbenen Amtdeutsch aufgesetztes Protokoll unterzeichnen, wodurch sie verpflichtet werden, sich binnen vierzehn Tagen Arbeit und Wohnung zu besorgen. Werden diese Verwahrten nach Ablauf der Frist noch im Asyl betroffen, so werden sie dem Richter vorgeführt, der wegen Obdachlosigkeit auf Haft oder gar auf Verweisung an das Arbeitshaus erkennen kann. Große Erfolge werden die Beamten trotz ihrer emsigen Arbeit nicht erzielen, denn wer etwas auf dem Herdhaub hat, wird sich wohl hüten, das Obdach aufzusuchen. Wer aber nicht stochernd verfolgt wird, erhält doch sofort die Freiheit wieder. Wenn die Beamten sich beschweren, daß die ihnen vorgelegten Ausweispapiere zerfetzt und schmierig sind, so ist das nicht zuletzt auf ihre Betätigung zurückzuführen. Es kommt vor, daß derselbe Obdachlose im Laufe einer Woche bis zehnmal auf die Wache mitgenommen wird, wo die Papiere jedesmal durch die Hände der Beamten wandern. Wer Gelegenheit hat, zu beobachten, wie die einzelnen Beamten mit den „Pennern“ umgehen, der wird zum mindesten, sagen wir einmal:

erstaunt sein über das, was sich die Mehrzahl der Beamten erlaubt. Höflichkeit auch dem Armen gegenüber scheint sowohl den Kriminalisten als auch den Schutzpolizeibeamten, welche den Dienst vor dem Asyl versehen, ein unbekannter Begriff zu sein. Die Anrede „Sie“ ist nur für Menschen in geordneten Verhältnissen da, für den „Missetätigen“ haben die Beamten nur das verächtliche „Du“ übrig. Die Grünen, die den Abmarsch der Masse in den Morgenstunden zu regeln haben, halten es oft auch nicht für notwendig, noch besonders zum Weitergehen aufzufordern, sondern benutzen ohne weiteres Fäuste und Gummistöckel, um die zum großen Teil aus Frauen bestehende Menge weiter zu drängen. Die Beamten wissen nur zu genau, daß ihnen von dieser Seite keine Beschwerde droht. Wohl hören sie manch erregtes Schimpfwort, die Masse der Obdachlosen aber ist schon zu abgestumpft: „Mit uns machen sie doch, was sie wollen.“

Diese Mitleidlosigkeit kennzeichnet die Verfassung, in welcher sich die Heimatslosen befinden. Arbeitslosigkeit ist wohl ein großes Uebel, aber gleichzeitig erwerbslos und obdachlos zu sein, ist das größte Uebel, in das der Arbeiter geraten kann. Der Arbeitslose mit reicher Wohnung hat zwar auch nur sein kümmerliches Durchkommen, er hat aber ein Heim, er hat einen Tisch, worunter er keine Fische legen kann, er weiß, daß ihn abends ein reinliches Bett erwartet. Der Erwerbs- und Heimatslose aber irrt ziellos auf den Straßen umher, er muß wachen, ja monatelang in Kleidern schlafen, ohne Gelegenheit zu haben, die Wäsche zu reinigen. Dazu kommt der quälende Hunger, denn von dem, was der Missetätige in der „Palme“ erhält, kann niemand leben. Wer nicht Gelegenheit hat, sich durch kleine Beschäftigungen einige Groschen zu verdienen, ist auf die Mitleidigkeit seiner Mitmenschen angewiesen. Hierin liegt die große Gefahr besonders für die jüngeren Obdachlosen. Der erste Entschluß zum Betteln fällt wohl jedem schwer, nur das stärkste Hungergefühl und das Zureden der Kameraden vermag die meisten dazu zu bringen. Wer aber einmal damit begonnen und Erfolg gehabt hat, ist fast immer für ein ordentliches Leben verloren. Wozu arbeiten, wenn man auch so leben kann? Kommt nun die erste Bettelstraße dazu, die dank der Aufmerksamkeit der Polizei nicht lange auf sich warten läßt, so ist es gewöhnlich zu spät zur Umkehr. „Nun ist mir alles egal!“ Aus der kurzen Haftstrafe werden im Wiederholungsfall längere Freiheitsstrafen, Arbeitshaus. So wird aus dem anfangs durch bittere Not zum Betteln Gezwungenen der Arbeitslose, der berufsmäßige Bettler. Dieser entwickelt sich bald zu einer Spezialität auf seinem Gebiet. Anfangs bescheiden noch einem Stückchen Brot oder einem Rest vom Mittagessen nachtragend, legt er sich bald auf ein Spezialfach. Dieser zieht langsam von Haus zu Haus, ein anderer benutzt die Zugehörigkeit zu irgendeinem Verbande oder Berufe, um dessen Angehörige zu feldern, ein dritter schnorrt Kleidungsstücke und verkauft sie; kurz, jeder hat seine „Lau“. Manche dieser Gestalten führen ein besseres Leben als diejenigen, welche die Mittel dazu geben. Daneben gibt es aber wieder viele, welche den Mut zum Betteln nicht aufbringen. Hungernd und frivolid, mit zerrissenen Kleidern und Stiefeln, irren diese Armen durch die Straßen. Überall sehen sie die verlockendsten Auslagen in den Schaufenstern; sie sehen, wie ihre bessergestellten Mitmenschen große Beträge für Nichtigkeiten ausgeben, sie sehen des Abends zu, wie die ändern die Sachen verzehren, welche sie tagsüber erbeutet haben, sie sehen zu und hungern. Allenfalls leben sie noch von Gaben, welche einzelne mitleidige Menschen ihnen anticken, oder von dem Mittagessen, das durch Hilfsarmee, Krankenhäuser und andere Anstalten verteilt wird. In der grimmigsten Kälte stehen diese Armen stundenlang an und müssen doch oft ohne Essen umkehren, wenn der Vorrat nicht reicht. So kehren sie hungrig zur Wärmehalle zurück, bis es Zeit ist, zur „Palme“ zu gehen. Doch, in der Heimat der Heimatslosen, winkt ja des Abends eine warme Suppe. Wenn sie auch noch so dünn ist — es ist etwas gegen den Hunger!

Eigentümliches Gerichtsverfahren. Ein eigentümliches Verfahren wird in dem Stadt- und Landrechtbuch Ruprechts von Freising (14. Jahrhundert) für den Fall vorgezeichnet, daß einer Frau durch einen Mann Gewalt geschehen war. Es heißt da: „Man soll den Mann bis an den Nabel in die Erde eingraben, doch so, daß er sich drehen kann. Dann soll man ihm die linke Hand an den Rücken binden und ihm einen Kolben in die rechte geben und soll Strohhalm ihn streuen, soweit als er mit dem Kolben reichen kann. Der Frau soll man einen Stein in ein Tuch einbinden, der ein Pfund schwer sei. Und man soll ihnen beiden Kampfausleger geben. Siegt der Mann, so soll man der Frau die Hand abhauen. Siegt aber die Frau, so soll man dem Mann den Kopf abhauen. Das ist darum so gesetzt, damit es kund werde, ob die Frau etwa dem Manne irgendeinen Anlaß gegeben hat zu seiner schändlichen Tat, so daß sie mitschuldig daran sei.“

Der Sturm auf das Frauenbad.

2] Von Armin I. Wegner.

„Die Reformen, mein Liebling, Europa hat sie gewollt. Es sind die Reformen, die man durchführt.“
Scharif Pascha ergriff den Springer seines Schachspiels, das Ohr nach dem Fenster geneigt, gegen die das süße Echo der Flinten-schüsse fiel wie das scharfe Widen von Vögeln.

„Des Reformes? Ah, pas du tout, mon père. C'est un meurtre!“

Der Kreis erstarrte in Schweigen. Der greise Kopf des Bali, unter der schwarzen Lammfellmütze von Jörn gerötet, blähte regios zu den Fenstern hinaus. Es war still. Das Klacken der Wasser-pfeife klang durch das Zimmer.

Das wässrige Augen des Alten wandte sich dem Sohne zu:
„Bist du ein Moslem? Die Kinder Mohammeds müssen ihre Pflicht tun. Kein Armenier soll geschont werden. Das ist der Befehl des Palastes!“

Die Lippen des Jünglings bebten. Der Bali ergriff die Glocke. Wachen stürmten herein.

„Wieviel?“

„Dreihundert Tote in Sorseri.“

Scharif Pascha schrieb mit der Feder die Zahlen auf ein Papier:
„Fünzig Tote in Tadem, hundertsechzig in Bank, zweihundertachtzig in Hirtel, hundert in Algestan, dreihundert in Sorseri.“ Roter Sand floß aus der Büchse über die feuchte Schrift. „Beißt euch! Es fehlen noch hundert Tote auf das Tausend.“

Der Bali erhob sich. Gendarmen hielten ihm den Pelz. Während er in die Kermel fuhr, wandte er sich an die Offiziere:

„Nehmt fünfzig Soldaten nach Goum, durchstreift Tergan, Gigi, Hukaleich, vergeßt niemanden, vernichtet alles. Nehmt die turkischen Bauern zu Hilfe. Das Eigentum der Giaours ist zu plündern, und ihre Köpfe gehören der Regierung. Ich erwarte euch am Abend. Bringt zwanzig Beischläferinnen für das Haus, nicht zu groß, schwarz, starbusig, ein volles Gesicht. Ich liebe nicht die Blauschönen, sie haben ein böses Gesicht.“

Die Offiziere stiegen die Treppe hinunter. Ueber das Geländer gebeugt, rief er ihnen nach:

„Geht auch nach Krabit!“

Seinen Pelz schlängelnd, bestieg er das Pferd. Er sagte:

„Rascher sind wie die Windpocken. Alle müssen sie haben; aber jeder bekommt sie nur einmal.“

Lutzi war am Fuße der Treppe stehen geblieben. Er sah seinen Vater vorüberreiten, ihre Blicke begegneten sich nicht. Durch eine Seitengasse glitt er den Hügel hinunter, seine Füße rutschten auf den Steinen aus, die mit dem Abfall der Küchen beschmutzt waren. Die Gasse mündete in den Bazar. Auf den letzten Stufen kam ihm ein turkischer Knabe entgegen:

„Ihr Haus ist leer. Ich habe sie nicht gesehen.“

Lutzi biß seine Lippe und, zwei Finger unter den Gürtel geschoben, blickte er in unendlicher Schwermut an den hölzernen Dächern der Kaufstätten entlang, deren Höhlen ihn anstarrten wie zerstohene Augen. Langsam entfaltete er das Papier, las, etwas Fernes, Unwirkliches, die Worte „Für Sirpuhi Garmpridian“, die er selber geschrieben hatte. Er warf ein Pfasterstück in die Hand des Knaben. Nach zwei Schritten wandte er sich um:

„Wann ist sie fortgegangen?“

„Gegen mittag.“

„Triffst du niemanden im Hause?“

„Zwei Soldaten hatten die Tür erbrochen. Sie schüttelten mir eine Schüssel Rehl über den Kopf. Da lief ich hinaus.“

„Und das Kind?“

Der Knabe schüttelte die Filzkappe. In tödlicher Unruhe begann Lutzi von neuem zu laufen, seine Füße stolperten über das Holz zerbrochener Stühle, die auf der Straße lagen. Die ertöschenen Gestalten greiser Männer lehnten an der Mauer. Aus den Zimmern der Häuser drang Geschrei und das Klacken splitternden Holzes.

Plötzlich erblickte er ihr Gesicht. Das Haar der Armenierin, in lange Zöpfe geflochten, schleifte hinter ihr auf der Erde; bebend riß sie an ihren Gliedern, mit geschlossenen Lippen. Als er nähertrat, sah er, daß er sich getäuscht hatte. Die Soldaten, die ihre Hände umklammert hielten, schüttelten mit fetten Lippen. Er ließ sie vorüber, es war nicht das Gesicht der Frau, die er liebte.

Wieder sah er ihre Gestalt vor sich, das schwarze Haar über der hellen Stirn flammend, die Blässe der fremden Haut, nach der ihn das Fieber vieler Nächte verzehrte. Ihres Mannes beraubt, den sie auf der Gasse erschlagen hatten, lebte sie mit ihrem Knaben allein. Vergeblich hatten ihn die Stunden der Dämmerung zu den Gesprächen vieler Abende an ihrem Hause vorübergeführt, während seine Augen im Dunkeln die Linien ihres Halses zeichneten, dessen bittere Keuschheit sich ihm verlagte. Hoffte er auf Gewalt? Anbetung hatte ihn mit sanfter Hoffnung erfüllt, und er erschrak vor der Stunde, die sie plötzlich wehrlos in seine Macht gab. Schlagendes Herzens drängte er sich zwischen den Menschen hindurch. War es Begierde, die ihn trieb? Von Scham gefoltert, blickte er zurück und

wandte den Kopf, bereit, vor seinem eigenen Verlangen davon-zulaufen.

Das Gewühl der Straße wurde dichter. Auf dem Plage drängte sich eine Herde schreiender Frauen, die mit Böfeln auf kupferne Kessel schlugen. Zwanzig gefesselte Armenier lagen vor dem Laden eines Fleischers auf die Erde gebreitet. Ein Rollsch, das Opfer-messer schleifend, schritt über ihre Leiber hinweg:

„Im Namen des Herrn, der den Menschen aus geronnenem Blute schuf. Ihr habt acht zu Boaren, von den Schafen zwei und zwei von den Ziegen. Hat er die beiden Männchen verwehrt oder die beiden Weibchen?“

Die Frauen öffneten die Schalen ihrer Hände, als erwarteten sie den Segen des Unschickbaren. Der Priester prüfte mit dem Daumen die Schärfe des Messers, und den Kopf der Gefesselten zu Seite neigend, begann er vom Ohr her nach der Vorschrift einen runden Schnitt durch die Halsader zu ziehen:

„D, ihr Gläubigen! Es gibt Vieh, dessen Rücken verboten ist und Kreppiertes oder Schweinefleisch. Ihr sollt das Fett aus dem Rücken nehmen und an den Eingeweiden oder was an den Knochen liegt. Effet von dem, was euch Allah beschert hat und folgt nicht den Fußstapfen des Satans.“

Die Leiber der Getöteten krümmten sich in den Straßen. Zuweilen löste sich die Hand aus den Fesseln. Sie warren die Leichen auf die schlauchtische Brachen die Glieder aus den Gelenken und hingen sie an den Fleischhaken auf. Der Schlächter hohln Teufel, dessen Schultern fast die Decke des Ladens freisten, haute sechs Köpfe auf seine Bratpfanne gesteckt. Die stauchenden Fleischteile über der Menge schwelend, rief er den Vorübergehenden zu:

„Wer kauft? Ihr Leute von Erzerum! Ein Arm, ein Bein, Füße und Köpfe billig zu haben!“

Lutzi ließ sich an der Mauer vorbeigehen, seine Pulse bebten. Vor der Tür der armenischen Kathedrale stauete sich eine leuchtende Menge; die Kirche war mit Flüchtlingen überfüllt. Aus dem Innern tönte Gelang, die Soldaten lachten und klatschten in die Hände. Man hatte die Tore geschlossen, auf deren Stufen zwei armenische Männer standen, mit ausgebreiteten Armen an die Bretter genozelt. Lumpen und Reifh lagen zu ihren Füßen, mit Petroleum begossen, Mistkar umstellte den Platz.

Das Volk schrie:

„Wo sind eure Frauen? Gebt die Weiber heraus!“

Die Blicke der Männer starrten in tiefen Entsetzen. Rauch schlug in ihr Gesicht.

(Fortsetzung folgt.)

